Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Gaelpalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr 47. | Berlin, 17. November 1933. | 14. Jahrg.

Inhalt: S. 501: Der Osten nach dem 12. November. / S. 502: Die Abstimmungsergebnisse im Osten. / S. 503: Die Verdeutschung der Ortsnamen in Ostpreußen. / S. 504: Die Loyalität der Deutschen in Polen. / S. 505: Wirtschaft im Osten. / S. 506: Die Sowjetpresse zum estländischen Volksentscheid. — Ostland-Woche. / S. 508: Ostpreußen, die Sehnsucht der deutschen Jugend. / S. 509: Wilhelm Kubes Geburtstag. — Buchbesprechungen. / S. 510: Carl Siewert. — Aus der Arbeit des BDO. / S. 511: Mitteilungen des BDO.

Der Osten nach dem 12. November.

Der 12. November hat für die deutsche Außenpolitik neue Möglichkeiten geschaffen, insofern als die deutsche Regierung, wo immer sie als Verhandlungspartnerin auftritt, das uneingeschränkte Vertrauen der Nation in die Waagschale zu werfen vermag. Hinter den Worten und Handlungen eines Staatsmannes, der in einem Maße wie Hitler der unbedingten Gefolgschaft seines Volkes sicher sein kann, steht eine moralische Kraft, die den Politikern fehlt, die als Exponenten bestimmter Parteigruppen heute nicht wissen, ob sie morgen noch am Ruder sein werden. Für den Osten ist das Ergebnis des 12. November in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung.

Hat man bisher, auch noch bei den Wahlen vom 5. März d. J., sagen können, daß eine starke parteipolitische und weltanschauliche Spannung zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen den vorwiegend agrarischen und den überwiegend industriellen Teilen sowie zwischen den mehr protestantischen und den mehr katholischen Gebieten Deutschlands bestanden hat, so ist diese lange Zeit so verhängnisvolle Spannung bei der Wahl und der Volksabstimmung vom 12. November verschwunden. Alles Trennende wurde von der Gewalt eines geschlossenen Willens und von der Kraft einer einenden Idee überwunden. Der Vorsprung, den der deutsche Osten im Bekenntnis zum Nationalsozialismus Jahre hindurch vorausgehabt hat, ist heute vom Westen nahezu völlig eingeholt worden. Mit dem Bauern hat der Arbeiter der Großstädte Schritt gehalten in der Bereitschaft, dienendes Glied der Volksgemeinschaft zu werden. Und die Zentrumskatholiken von früher sind nicht anders als die Protestanten in geschlossenen Millionenkolonnen unter die Fahnen des dritten Reiches getreten. Das ist die erste bedeutsame Feststellung, zu der das Ergebnis des 12. November in bezug auf den Osten berechtigt: Die Elblinie ist ausgelöscht worden, wie schon vorher die Mainlinie getilgt worden ist. Ostdeutschland nimmt heute gegenüber den anderen Reichsteilen keine besondere Stellung hinsichtlich der politischen Haltung mehr ein. Es ist in seinem Bekenntnis zum Führer einig mit allen anderen Teilen des Reiches: Von den 6,98 Millionen Stimmberechtigten der sechs östlichen Wahlkreise, von denen sich 6,72 Millionen an der Wahl beteiligt haben, haben mehr als 6,41 Millionen bei der Volksabstimmung mit „Ja" gestimmt, d. h. es haben sich hier 91,9 v. H. der Stimmberechtigten und 95,5 v. H. der Abstimmenden für die Politik Adolf Hitlers entschieden.

Die zweite Feststellung ist die: Die politische Willensbildung im Reiche hat, wie die Erfahrung der letzten Monate lehrt, ihren Widerhall im Deutschtum vor den Grenzen gefunden. Das klassische Beispiel hierfür ist die Freie Stadt Danzig. Die feindlichen Mächte, die glauben, von hier aus ihre antideutsche Politik betreiben zu können, können aus dem Ergebnis des 12. November ersehen, auf welch schmaler Basis sie ihre politischen Abenteuer betreiben. Die Kreise, auf die sie sich stützen, besitzen in der Masse der Bevölkerung keinen Resonanzboden mehr. Wenn sich die Danziger Marxisten und Zentrumsleute nach Genf gewandt haben, um dort gegen die Regierung wegen angeblichen Verfassungsbruches Beschwerde zu führen und die Hilfe einer internationalen Instanz für die Wiederherstellung ihrer Cliquenwirtschaft zu mobilisieren, so hat der 12. November im richtigen Augenblicke gezeigt, wie radikal die Gesinnungslumperei dieser vorgestrigen Parteitypen vom deutschen Volke abgelehnt wird. Sie unterscheiden sich von den reichsdeutschen Emigranten, die heute in London, Paris, Prag, Riga und anderswo ihre Machenschaften gegen das Reich betreiben, nur noch insofern, als sie die völkerrechtliche Sonderstellung der Freien Stadt Danzig zunächst noch vor der sichtbaren Ausstoßung aus der Volksgemeinschaft bewahrt. Es gibt Kreise in Polen, die den Augenblick nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund für besonders geeignet halten, um einen neuen Vorstoß gegen die Danziger Hoheitsrechte zu unternehmen. Sie sind der Meinung, daß die Beschwerde, mit der sich die Systemparteien wegen des angeblichen Verfassungsbruches nach Genf gewandt haben, der polnischen Regierung den gewünschten Anlaß zum Eingreifen bietet. So heißt es z. B. im „Kurjer Warszawski": Polen habe in der Frage der Danziger Verfassung mehr zu sagen als irgendein anderer Staat. Es sei nicht notwendig, daß diese Verfassung uneingeschränkter Willensausdruck der Danziger Bevölkerung sei! Sie habe sich vielmehr den Rechten unterzuordnen, die dem polnischen Staate in den Verträgen eingeräumt worden sind. Diese Rechte sieht der „Kurjer Warszawski" durch eine weitere Stärkung der NSDAP., d. h. durch die Zerschlagung der alten Parteienwirtschaft in Danzig, gefährdet. Er möchte daher, daß sich die polnische Regierung der Völkerbundsbeschwerde der Danziger Marxisten und Klerikalen annimmt und in Genf dahin wirkt, daß der Senat gezwungen wird, die zersetzende Tätigkeit der sozialdemokratischen und Zentrumsfunktionäre ohne Gegenmaßnahmen zu dulden.

Wir laden ein zu einer

Gedächtnisfeier

am Totensonntag,

dem 26. November, abends 6 Uhr,

in die Neue Kirche

Nähe U-Bhf. Friedrichstadt-Mohrenstr.

In stiller ernster Trauer gilt es, das Gedächtnis der gefallenen Kameraden des Weltkrieges sowie der Lieben, die in der uns entrissenen Heimaterde ruhen, wachzuhalten und die Toten zu ehren. Die Gedächtnispredigt hat in dankenswerter Weise Herr **Pfarrer lic. Dr. Horn** (früher Samter, Oborniku. Kolmar i. Po.) übernommen. **Der Eintritt ist frei!**

Kostenlose Folgen der Feier werden am Eingang der Kirche abgegeben.

Bund Deutscher Osten

Ortsgruppe

„Verein ehemaliger Ostmärker Berlin"

(Postbeamte).

Dieser Wunsch ist verständlich; er entspringt der Erwartung, daß sich die Repräsentanten des alten Systems als Störer des inneren Friedens und als Saboteure der Aufbauarbeit gegen die nationalsozialistische Staatsführung werden ausspielen lassen. Aber der Wunsch findet in den Tatsachen keine Rechtfertigung mehr. Denn, was der 12. November im ganzen Reiche bewiesen hat, daß nämlich die Rolle dieser Leute endgültig ausgespielt ist, das gilt, wie man mit Bestimmtheit annehmen darf, auch für die Freie Stadt Danzig.

Und das trifft in ähnlicher Weise auch für Österreich zu. Dort wird ein ganzes Land von einer Clique terrorisiert, die sich mit Entschiedenheit gegen die Zumutung verwahrt, ihre „Beliebtheit" beim Volke durch eine Wahl auf die Probe zu stellen. Während Dollfuß und die Seinen sich mit Hilfe eines Gemisches aus französischen Franken, habsburgischen Traditionen, jüdischem Wohlwollen und faschistischem Gedankengut um die Geburt des „österreichischen Menschen" bemühen, demonstrieren in den Straßen der Städte und in den Alpentälern Arbeiter, Bürger und Bauern für die Einheit der deutschen Nation. Daß die Tatsache dieser Einheit am 12. November im Reiche unter Beweis gestellt worden ist, das kann auch für die weitere innen- und außenpolitische Entwicklung Deutsch-Österreichs und damit für die zukünftige Gestaltung der deutschen Südostpolitik nicht gleichgültig sein.

Die dritte Feststellung ist die: Das Ausland erwartet, daß Deutschland, nachdem es in Volksabstimmung und Reichstagswahl seinen politischen Willen bekundet hat, in der Außenpolitik die Initiative ergreift. Was wird Hitler tun? Diese Frage wurde nach dem 12. November in der ausländischen Presse immer wieder gestellt. Das Gesetz des Handelns liegt heute bei Deutschland, nicht etwa weil es Kanonen und Flugzeuge besäße, mit denen es die Anderen in Schach halten und ihnen seinen Willen aufzwingen könnte. Deutschland hat den Frieden, aus dem in der Genfer Atmosphäre eine diplomatische Redensart geworden war, wieder zu einer verpflichtenden Aufgabe gemacht. Das ist es, was ihm das Gesetz des Handelns zuschreibt, und was die anderen dazu veranlaßt, ihm die außenpolitische Initiative zu überlassen. Was wird Hitler tun? Wird er sich mit Italien zu einem gemeinsamen diplomatischen Vorstoß verbinden? Wird er mit Frankreich in direkte Verhandlungen treten? Wird er auf der Basis des Viererpaktes vorgehen? Wird er die baltischen Staaten an Deutschland heranzuziehen versuchen? Wird er mit Polen paktieren? Die verschiedensten Fragen werden in der Auslandspresse erörtert. Der Londoner „Daily Expreß" wollte wissen, daß Deutschland an die Prager Regierung mit dem Angebot eines Nichtangriffspaktes herangetreten sein soll. Im Pariser „Figaro" konnte man lesen, daß der frühere Korrespondent der „Frankfurter Zeitung", Friedrich Sieburg, von Hitler „in besonderer Mission" nach Warschau geschickt worden sei. Von der Londoner „Week" hieß es, daß Sieburg auch den Auftrag erhalten habe, neben den Tschechen auch die Polen für einen Paktabschluß zu gewinnen. Ein anderes Blatt glaubt zu wissen, daß Hitler daran denkt, Estland durch eine Zollunion an Deutschland zu binden. Der Wiener „Heimatschützler" berichtet, daß in Wien ein Sendbote Görings erschienen sei, um mit der „Vaterländischen Front", also der politischen Gruppe des Bundeskanzlers, über die Anbahnung einer Verständigung zwischen Deutschland und Österreich zu sprechen . . . über all' diesen Gerüchten schwebt die eine beklemmende Angst, daß es, wie sich der „Figaro" ausdrückt, Hitler gelingen könne, „Frankreich von seinen Bundesgenossen und den Mächten, die im Kriegsfalle an der Seite Frankreichs kämpfen würden, zu trennen". Wie kann sich das waffenstarrende Frankreich bedroht fühlen, wenn Deutschland sich wirtschaftlich und vielleicht auch einmal politisch mit seinen östlichen Nachbarn verständigt? Besitzt der französische Generalstab so wenig Achtung vor seiner eigenen Nation, daß er glaubt, für die Sicherheit Frankreichs dem entwaffneten Deutschland gegenüber den Beistand fremder Armeen nötig zu haben? Was soll Deutschland denn anderes tun, als versuchen, durch direkte Verhandlungen mit einzelnen Staaten zu einem Ausgleich der Gegensätze zu kommen, nachdem es sich in jahrelanger Völkerbundspolitik als unmöglich erwiesen hat, mit allen zugleich eine auch für Deutschland tragbare und ehrenvolle Verständigung in die Wege zu leiten?

Wenn Deutschland, gestützt auf den Beweis seiner inneren Geschlossenheit, jetzt die außenpolitische Initiative ergreift, so scheinen sich ihm besonders im Osten günstige Ansatzpunkte zu bieten. Nachdem die Tatsache der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland schon im Laufe der letzten Monate zu einer gewissen Auflockerung der verfahrenen Situation im Osten geführt hat, scheinen sich die Regierungskreise in Warschau und Prag — z. T. selbst im Gegensatz zu der vorherrschenden öffentlichen Meinung ihrer Länder — dazu entschließen zu wollen, aus dem Ergebnis des 12. November die gebotenen politischen Folgerungen zu ziehen. Von Oberst Beck sowohl wie von Benesch liegen Erklärungen vor, die die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit, mit Deutschland ins Reine zu kommen, betonen. Es ist zu erwarten, daß vor allem Polen gegenüber — als Folge des deutschen Friedensbekenntnisses — eine weitere Entspannung eintreten wird, als deren erster positiver Erfolg vom „Kurjer Poznanski" bereits der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages in Aussicht gestellt worden ist. Die moralische Kraft, die das Friedensbekenntnis der 40 Millionen der Reichsregierung bei ihrem außenpolitischen Auftreten verleiht, und die Charakterstärke, die das deutsche Volk mit seiner einmütigen Ablehnung jedes weiteren Versuches, mit Diktaten zu arbeiten, am 12. November an den Tag gelegt hat, werden, wie wir hoffen, in entscheidendem Maße zur Sicherung des Friedens im Osten beitragen.

Dr. Kredel.

Die Abstimmungsergebnisse im Osten.

Am 12. November hat sich der deutsche Osten in überwältigender Weise zur Politik Adolf Hitlers und zum Nationalsozialismus bekannt. Für die sechs östlichen Wahlkreise liegen folgende Ergebnisse der Volksabstimmung vor:

Wahlkreis	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen	Ja	Nein	in v. H. der Stimmberecht	in v. H. der abgegeb. Stimm.
Ostgreußen..	1 475 518	1 415 661	1 372 716	32 786	93,0	96,9
Pommern...	1 283 905	1 234 778	1 174 974	44 229	91,5	95,2
Frankfurt/O.	1 130 871	1 102 594	1 052 605	36 103	92,2	95,5
Liegnitz.....	846 923	820 879	774 692	25 804	91,5	94,4
Breslau	1 327 320	1 263 230	1 196 021	51 605	90,1	94,7
Oppeln	915 804	879 179	842 698	31 221	92,0	95,9
Ost-Wahlkr..	6 980 341	6 716 321	6 413 716	221 748	91,9	95,5

Demnach sind von den 6,98 Millionen Stimmberechtigten der östlichen Wahlkreise der Volksabstimmung ferngeblieben: 264 000; mit Nein haben insgesamt knapp 222 000 gestimmt; ungültig sind etwa 83 000 Stimmen gewesen. In keinem der östlichen Wahlkreise haben weniger als 90 v. H. der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt; an der Spitze steht hier eine der treuesten Provinzen des Führers: Ostpreußen; es folgen der Wahlkreis Frankfurt (Oder) mit 92,2 v. H. und — was besonders bemerkenswert ist — Oberschlesien, die ehemalige Hochburg des Zentrums! Setzt man die Zahl der Ja-Stimmen ins Verhältnis zur Zahl der abgegebenen Stimmen, so steht wieder Ostpreußen mit fast 97 v. H. an der Spitze; es folgt Oberschlesien mit beinahe 96 v. H.; nur die Wahlkreise Breslau und Liegnitz haben einen Vomhundertsatz von unter 95 aufzuweisen.

Interessant ist die Betrachtung der Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Kreisen des Ostens. Da zeigt es sich, daß eine ganze Reihe von Kreisen zu nahezu 100 v. H. mit Ja gestimmt haben. Im Landkreis Landsberg (Warthe) z. B. hat es bei fast 100 %iger Wahlbeteiligung und bei fast 37 000 Wahlberechtigten nur 182 Nein-Stimmen gegeben. Von den 92 Orten des Kreises haben nicht weniger als 54 einstimmig mit „Ja" abgestimmt! Im Stadtkreis Landsberg haben von etwa 30 000 Wählern nur 624, im Landkreis Guben von gleichfalls rund 30 000 Wählern nur 659, im Kreise Friedeberg (Neumark) von fast 36 000 Wählern sogar nur 99 mit Nein abgestimmt. Der Kreis Schwerin (Warthe) weist 89, der Stadtkreis Schneidemühl 982, der Kreis Schlochau 864, der Netzekreis 338, der Kreis Meseritz 164, der Kreis Bomst 51 und der Kreis Fraustadt 179 Nein-Stimmen auf. In der ganzen Grenzmark Posen-Westpreußen hat es nur 4894 Nein-Stimmen gegeben.

Bemerkenswert ist das Ergebnis des Kreises Meseritz: Von den 21 615 Wahlberechtigten haben 226 nicht gewählt und 164 haben mit Nein abgestimmt. Das Dorf Groß-Dammer, das überwiegend von einer polnischsprechenden Bevölkerung bewohnt ist, weist 797 Wahlberechtigte auf; von diesen haben sich 788 an der Wahl beteiligt, 753 haben mit „Ja" abgestimmt und 756 die nationalsozialistische Liste gewählt. Im ganzen sind in diesem Orte 18 Nein-Stimmen gezählt worden. Dasselbe Ergebnis ist in den anderen „polnischen" Dörfern der mittleren Grenzmark zu verzeichnen: Kramzig weist bei 179 Wahlberechtigten 176 Ja- und NSDAP.-Stimmen auf; Neu-Kramzig bei 612 Wahlberechtigten 580 Stimmen für „Ja" und 608 Stimmen für die nationalsozialistische Liste. In den „Polendörfern" des Wahlkreises Bomst ist es nicht anders: In Groß-Posemuckel haben sämtliche 205 Wahlberechtigten mit „Ja" und für die NSDAP. gestimmt. In Klein-Posemuckel haben alle 303 Wahlberechtigten nationalsozialistisch gewählt und 299 mit „Ja" gestimmt. Die polnischsprechende Bevölkerung hat sich hier also der von den polnischen Minderheitsführern ausgegebenen Parole der Wahlenthaltung versagt, ein Beweis dafür, wie die früher so fest gefügte polnische Minderheit in der mittleren Grenzmark ihren polnischen Drahtziehern entgleitet. Wenn man hier in den fünf Dörfern noch von einer nationalpolnischen Minderheit sprechen will, dann kann sich das höchstens noch auf die 56 Neinsager beziehen.

Bis zum 20. Nov. müssen Neubestellungen auf unser „Ostland" für den Monat Dezember aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspr. für 1 Monat beträgt 0,50 M. (ohne Zustellungsgeb.)

Die Verdeutschung von Ortsnamen in Ostpreußen.

In Nr. 41 dieser Zeitschrift ist einiges Grundsätzliches über die Verdeutschung von Ortsnamen in Ostpreußen gesagt worden. Es soll jetzt näher ausgeführt werden, wie man dabei seit Kriegsende verfahren ist.

Zunächst ist die Feststellung wichtig, daß alle Verdeutschungen auf den freiwilligen und ordnungsgemäß gefaßten Beschluß der Gemeinden hin vorgenommen worden sind. In den diesen Anträgen beigegebenen Begründungen kehren zwei Motive immer wieder: einmal, daß die früheren, noch litauisch oder masurisch sprechenden Generationen zwar einen Sinn mit dem Namen verbunden hätten, die heutigen Bewohner aber die Bedeutung des Namens nicht mehr verstünden und ihn deshalb durch einen deutschen ersetzen wollten, und zweitens, daß sie als deutsche Menschen auch einen deutschen Namen für ihr Dorf haben möchten, wobei oft ausdrücklich auf das in der Abstimmung von 1920 abgelegte Bekenntnis zum Deutschtum Bezug genommen wird. Wer im Einzelfalle den Anstoß gegeben hat, ist schwer nachzuweisen und auch belanglos. Es sei aber nochmals festgestellt, daß die Verwaltungsbehörden jede Beeinflussung der Gemeinden peinlichst vermieden haben. Niemals ist es den Landräten nahegelegt worden, Namensverdeutschungen durch irgendeinen Druck zu erreichen.

Die Anträge der Gemeinden, in denen gewöhnlich schon ein bestimmter neuer Name vorgeschlagen ist, werden von verschiedenen Stellen geprüft und bearbeitet. In früheren Jahrzehnten hat man wohl ohne lange Überlegung bei Neu- und Umbenennungen alle gewählten Namen genehmigt. Man hat aber jetzt erkannt, daß Namengebung ein Stück Kulturarbeit ist, daß es nicht darauf ankommt, möglichst rasch Hunderte von beliebigen neuen Ortsnamen zu produzieren, sondern daß es notwendig ist, sinnvolle Namen zu wählen, die durch Beziehungen zur Geschichte oder Natur des Landes von vornherein fest mit dem Boden und den Menschen, die ihn bewohnen, verbunden sind. So untersucht das Königsberger Staatsarchiv die Beziehungen des gewählten Namens zur Geschichte der Ortschaft, prüft die Richtigkeit einer etwaigen Übersetzung und besonders die Frage, ob sich ältere deutsche Namensformen finden, die man wiederherstellen oder im neuen Namen berücksichtigen könnte. Das Institut für Heimatforschung an der Universität begutachtet vor allem die sprachliche Form des vorgeschlagenen Namens. Aber auch die Post- und Eisenbahnbehörden und das statistische Landesamt werden gefragt, ob sie etwas gegen den neuen Namen einzuwenden haben. Oft werden als Ergebnis monatelanger Verhandlungen den Gemeinden neue Vorschläge gemacht, von diesen angenommen oder verworfen, und erst wenn alle Fragen mit deutscher Gründlichkeit geklärt sind, wird der endgültige Antrag an das Staatsministerium zur Genehmigung weitergegeben. Es sei nochmals betont: alle Behörden und Institute haben sich stets auf eine verwaltungsmäßige und beratende Tätigkeit beschränkt. In keinem Falle ist einer Gemeinde ein Name gegeben worden, mit dem sie nicht einverstanden gewesen ist. Als einmal ausnahmsweise ein Regierungspräsident für die Gemeinde Camionken, Kr. Lötzen, den schon im 15. Jahrhundert bezeugten alten deutschen Namen Steindamerau statt des von der Gemeinde beantragten Namens Steintal dem Minister vorschlug, lehnte dieser aus grundsätzlichen Erwägungen diesen Antrag ab und gab der Gemeinde den von ihr gewünschten Namen. Nur einmal ist das Staatsministerium von dieser Regel abgewichen und hat von seinem Hoheitsrecht auf Namenverleihung gegen den Willen der Gemeinde Gebrauch gemacht, und zwar bezeichnenderweise als es sich darum handelte, der Gemeinde Königlich Lichteinen den von ihr hartnäckig verteidigten Zusatz „königlich" zu nehmen. Aus der Fülle der neuen Namen lassen sich sechs Gruppen herausheben. Die glücklichste Art der Namenfindung stellt die Wiederherstellung alten deutschen Namensgutes dar. So sind z. B. den Orten Dorothowo, Kr. Allenstein, Ittowen, Kr. Neidenburg, Polschendorf, Kr. Sensburg, und Micherowo und Wilczowo, Kr. Stuhm, ihre alten Namen Darethen, Gittau, Stangenwalde, Micherau und Wilzen wiedergegeben worden. Es tragen aber heute noch viele Orte, die in früherer Zeit urkundlich nachweisbare deutsche Namen geführt haben, fremde Namen, die durch Polonisierung oder Litauisierung der alten Namen entstanden sind, und planmäßige archivalische Forschung würde sicher noch viel mehr altes deutsches Namensgut aufdecken, als heute schon bekannt ist.

Als zweite Gruppe könnte man die Ortsnamen zusammenfassen, die nur in den Endungen verdeutscht oder in ihrem Laut- und Schriftbild durch eine gewisse Ummodelung der deutschen Sprech- und Schreibweise angepaßt sind, z. B. Schönballen statt Szyballen, Wesselhof statt Wessolowen, Koiten statt Choyten, Sonntagsee statt Szonnstagsee. Durch diese Art von Verdeutschung wird die Tradition am wenigsten unterbrochen und die Bodenständigkeit der Ortsnamen am meisten gewahrt. Sie hat sich im übrigen deutschen Osten oft durch den Sprachgebrauch vollzogen, und sofern es sich dabei um echte Volksethymologie handelt, ist dagegen auch nichts einzuwenden. Die sogenannten Beamtenethymologien erscheinen aber oft krampfhaft gesucht. Deshalb ist in Ostpreußen diese Art von Verdeutschung verhältnismäßig selten angewandt worden. Entweder verzichteten die Gemeinden, wenn ihnen solche Vorschläge gemacht wurden, auf eine Namensänderung überhaupt, da sie dann ja ebensogut bei ihrem alten Namen bleiben könnten, oder sie gaben sich mit solch einer Halbheit nicht zufrieden und setzten einen ganz deutschen Namen als Dokument ihrer deutschen Gesinnung durch.

Die größte Zahl von Ortsnamen umfaßt die Gruppe der Übersetzungen (Bukowagurra-Buchenberg, Grodzisko-Schloßberg, Krolowolla-Königswalde, Cziernien-Dorntal, Orzechowken-Nußdorf, Jeszioröwken-Seehausen, Berszjupchen-Birkenhausen, Dwarrehlischken-Herrendorf, Krzysöwken-Kreuzdorf, Dombrowa-Eichtal, Septinlöpen-Siebenlinden, Nagoszballen-Hornbruch, Jeschonowitz-Eschenwalde, Oszywilken-Wolfsheide und viele andere). In den meisten Fällen ließ sich nicht der ganze fremde Name übersetzen, sondern nur sein Grundwort; die deutsche Endung (-hausen, -tal, -dorf, -see usw.) wurde willkürlich oder nach der Lage des Dorfes in der Landschaft beigefügt. Die Bedeutung des litauischen oder masurischen Grundwortes ist dabei nicht selten umstritten und nicht immer eindeutig zu bestimmen gewesen. Den neuen Namen historische Beziehungen zu geben, war nur selten möglich, da die Geschichte der meisten Orte wenig Anknüpfungsmöglichkeiten gibt. Es sind aber einige Namen sehr glücklich nach dem Gründer des Dorfes, dem Aussteller der Handfeste oder nach einer Familie, die in der Geschichte der Gemeinde eine Rolle gespielt hat, gebildet worden, z. B. Deumenrode, Kr. Lyck (Gorczitzen) nach dem Lokator Deumenroder, Großwalde, Kr. Neidenburg (Rekownitza) nach dem Gründer Groß, Dietrichsdorf, Kr. Stuhm (Straszewo) nach Dietrich von Tiefenau, Kolbitz, Kr. Johannisburg (Czyprken) nach dem Pfleger von Johannisburg Georg von Kolbitz, der dem Dorfe die erste Handfeste verliehen hat, Sommerkrug, Kr. Stallupönen (Tarpupönen), und Reinersdorf, Kr. Johannisburg (Niedwedzen) nach den Familien Sommer und Reiner. Auch nach den Namen oder Vornamen der Besitzer sind Güter und Vorwerke umgetauft worden. Dagegen sind nach Männern, die sich im allgemeinen um Ostpreußen verdient gemacht haben, Ortschaften bisher nicht benannt worden. Nur während des Krieges haben drei Orte die Namen der Befreier Ostpreußens, Hindenburg, Ludendorff und Eichhorn, angenommen, und Sutzken, Kr. Goldap, ist kürzlich in Hitlershöhe umgetauft worden. Die nächste Gruppe würde die Namen umfassen, die Beziehungen zur Lage des Ortes und zur Landschaft aufweisen. Deutlich sind diese ohne weiteres dann, wenn die Namen an bestimmte geographische Bezeichnungen, etwa an Flußnamen, anknüpfen, z. B. bei Angerlinde (Pieragienen) und Angertal (Jakunowen) an die Angerapp, Argenfelde (Puskeppeln) an die Arge, bei Insterwalde (Pailiszen), Eilgetal (Wietzischken) und Pregelau (Stablacken-Kutkehmen). In den meisten anderen Fällen, z. B. bei den vielen mit Berg und Tal, Wald und Feld, mit Tier- oder Baumnamen zusammengesetzten Ortsnamen läßt sich ohne genaue Kenntnis des Ortes nicht sagen, ob die Namen der Eigenart der Landschaft entnommen sind oder zu der nächsten Gruppe, nämlich der der frei erfundenen Namen gehören.

Die beratenden Stellen haben zwar stets darauf gedrungen, daß kein Ortsname ganz willkürlich gewählt wurde, aber da die Entscheidung schließlich immer bei der Gemeinde lag, hat es sich nicht vermeiden lassen, daß auch Namen eingeführt worden sind, die nur ihres schönen Klanges wegen gewählt wurden, z. B. Gr. Augstutschen-Rehwalde, Schorschinesten-Seehausen, Stanislewo-Sternsee u. a. m. Die Ortsnamenverdeutschungen in Ostpreußen sind ohne Aufsehen erregende Propaganda, aber selbstverständlich nicht im geheimen, sondern offen vorgenommen worden. So konnte es nicht ausbleiben, daß unsere Nachbarn darauf aufmerksam wurden. Litauische Äußerungen sind mir zwar nicht bekannt geworden, aber die Polen haben verschiedentlich auf diese „preußischen Taufen", wie sie sie nennen, hingewiesen, und da sie ja immer noch behaupten, daß 200 000 Polen in Ostpreußen leben, so können sie die Verdeutschungen nur als Akte der Unterdrückung ihrer unerlösten Brüder durch die germanische Fremdherrschaft erklären. Daß das falsch ist, daß vielmehr die Namensänderungen auf den freien Entschluß der Gemeinden zurückgehen und ein Bekenntnis zum Deutschtum bedeuten, haben wir gesehen. Wenn der „Warschauer Kurier" vom 14. Mai 1933 behauptet, daß die deutsche Regierung hier ein unehrliches Spiel treibe und bereits 6000 polnische Bezeichnungen beseitigt und durch deutsche ersetzt habe, so ist das als gänzlich falsch der Sache und als ungeheure Übertreibung der Zahl nach zu bezeichnen. Fremdsprachige Flurnamen sind, soweit bekannt, überhaupt nicht verdeutscht worden, und im ganzen masurischen Abstimmungsgebiet — und um dieses kann es sich doch nur handeln — liegen nur 1705 Orte, von denen viele stets deutsche Namen getragen haben, und die meisten anderen ihre fremden Namen noch heute führen. Es sind seit Kriegsende überhaupt nur 170 polnische bzw. masurische Ortsnamen verdeutscht worden. Das sehr rührige Baltische Institut in Thorn hat angekündigt, daß es seine Arbeiten mehr als bisher auf das Problem Ostpreußen und besonders auf die sogenannten preußischen Taufen richten und 1935 ein Verzeichnis aller angeblich entfernten polnischen Bezeichnungen mit einer Karte herausbringen werde. Wir Ostpreußen sehen mit gutem Gewissen den Ergebnissen dieser Arbeit entgegen und werden nötigenfalls die Antwort nicht schuldig bleiben.

Dr. Fritz Gause, Königsberg Pr.

*

„Huta Botarego."

Der Vorstand der Interessengemeinschaft Kattowitz AG. und Vereinigte König- und Laurahütte hat beschlossen, dem Antrag der polnischen Angestellten und Arbeiter auf Umbenennung der Bismarckhütte in „Huta Botarego" stattzugeben.

Die Loyalität der Deutschen in Polen.

Am 3. November gab der deutsche Abgeordnete Franz im Warschauer Sejm im Namen der deutschen Volksgruppen in Polen eine bedeutsame Erklärung ab, in der er in eindeutiger Weise gegen den von polnischer Seite unentwegt erhobenen Vorwurf der Illoyalität Verwahrung einlegte. Da diese Erklärung für die Einstellung der deutschen Volksgruppen zum polnischen Staate von grundlegender Bedeutung ist, sei sie in ihren wesentlichen Teilen wiedergegeben.

„Vor nicht zu langer Zeit", führte der Abg. Franz aus, „habe ich Gelegenheit gehabt, mit einem hohen Regierungsbeamten über die Lage der Deutschen in Polen und über die Einstellung der Regierung zur deutschen Minderheit zu sprechen. Es war das alte Lied, das ich zu hören bekam. Die deutsche Minderheit in Polen sei staatsfeindlich eingestellt und könne deshalb keine bessere Behandlung erwarten. Ich widersprach, bewies das Gegenteil und zeigte an Hand von Tatsachen, wie gewissenhaft die Deutschen in Polen ihre Pflichten dem polnischen Staate gegenüber erfüllen. Alle Mühe war vergebens. Im Laufe der Unterredung fragte mich der Regierungsbeamte, wie ich mich zur Grenzrevisionsfrage stelle. Es war für mich dabei nicht uninteressant zu hören, daß die deutsche Minderheit so lange als staatsfeindlich eingestellt betrachtet werden würde, so lange sie nicht mit aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit von dem Gedanken der Grenzrevision abrücke. Ich erklärte, daß doch die Vertreter der Deutschen im Namen der gesamten deutschen Minderheit in Polen wiederholt schon und sogar auch von der Rednertribüne des Sejm aus erklärt hätten, daß die Deutschen in Polen als loyale Staatsbürger mit der Grenzrevisionsfrage nichts zu tun haben, und daß diese Frage einzig und allein zwischen Polen und Deutschland zu erledigen ist. Auf die weitere Frage, wie sich die Deutschen in Polen im Falle eines Krieges verhalten würden, erklärte ich, daß sich auch dann die Deutschen als loyale Staatsbürger erweisen würden. Hierauf gab mir der erwähnte hohe Regierungsbeamte den Rat, diese Worte doch einmal in aller Öffentlichkeit zu wiederholen. Ich wiederhole sie hiermit als Vorsitzender des Deutschen Parlamentarischen Klubs von der Rednertribüne des Sejm aus im Namen der gesamten deutschen Minderheit in Polen, und zwar mit allem Ernst. Die deutsche Minderheit in Polen wünscht nichts sehnlicher, als den dauernden Frieden zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke. Sie ist sich dessen bewußt, daß beide Völker nach dem Willen Gottes eine heilige Mission zu erfüllen haben. Beide Völker haben das Christentum gegen den vom Osten her immer stärker vordrängenden Bolschewismus zu verteidigen und zu schützen. Sie haben Europa vor dem Bolschewismus zu schützen, der alles religiöse Leben, ohne welches ein Staat nie existieren kann, vernichtet. Diese beiden Völkern gestellte Aufgabe ist schwer und nur zu erfüllen, wenn der Friede zwischen dem deutschen und polnischen Volke gewahrt bleibt. Aber auch die deutsche Minderheit in Polen hat eine ihr von Gott aufgegebene Mission zu erfüllen. Sie soll die Brücke zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke, ebenso wie die polnische Minderheit in Deutschland zwischen dem polnischen und deutschen Volke, sein und dem sicheren Frieden zwischen diesen beiden Völkern dienen. Die deutsche Minderheit ist sich dieser Aufgabe bewußt, sie ist auch bereit, diese Mission zu erfüllen und sie wird sie um so eher erfüllen können, je eher diese Mission der deutschen Minderheit in Polen auch von dem Mehrheitsvolke erkannt und gewürdigt wird."

Merkwürdig mutet es einem an, in einem von polnischen Westmarkenverein veranstalteten Vortragsabend einmal beinahe anerkennende und, wenn auch nur nebenbei, fast freundliche Worte über die Deutschen in Posen und Pommerellen zu hören. Merkwürdig deshalb, weil dieser Verein sich doch die Ausrottung des Deutschtums zur Aufgabe gemacht hat und sonst unter all den Verbänden ähnlich chauvinistischer Zielsetzung dadurch bekannt ist, daß er die unbelehrbarsten und fanatischsten Hetzer gegen Deutschland auf die Rednertribünen entsendet. Eine Schwalbe freilich macht noch keinen Sommer. Immerhin aber verdient doch festgehalten zu werden, was — nach den Berichten der deutschen Zeitungen in Bromberg und Posen — bei einer Veranstaltung des Westmarkenvereins in Konitz kürzlich über die politische Haltung des Deutschtums in Posen und Pommerellen gesagt worden ist. Da hat ein Direktor Korzeniowski dem dortigen Deutschtum unumwunden das Zeugnis ausgestellt, daß es sich dem polnischen Staate gegenüber loyal und ruhig verhält; und ein Professor Dziarnowski stellte ausdrücklich fest: Die deutsche Minderheit unterscheide sich von den anderen Minderheiten Polens dadurch, daß sie keinerlei Terror- und Gewaltakte verübe und dulde, daß sie ruhig und gesetzt sei und andauernd ihre Loyalität Polen gegenüber beteuere.

Sehr ausführlich war in den Vorträgen Dziarnowskis und eines weiteren Redners, eines Professors Klimy, von der inneren Stärke und der straffen Organisierung des Deutschtums die Rede. Eine starke Waffe des Deutschtums sei seine Presse, die angeblich eine „ungeheure Leserzahl" aufweisen könne; so betrage die Auflage der „Deutschen Rundschau" in Bromberg über 18 000, des „Posener Tageblattes" rund 9000, des „Oberschlesischen Kuriers" rund 25 000, der „Kattowitzer Zeitung" fast 20 000 und der „Freie Presse" in Lodz über 15 000 Stück, ungerechnet die kirchlichen und sonstigen Blätter, deren Auflagenzahl in die Zehntausende gehe. Die Deutschen, führte Prof. Klimy u. a. aus, seien die intelligenteste und bestorganisierte Minderheit Polens; das Geheimnis ihrer Erfolge liege in der straffen Organisierung, in der guten Führung und der vorbildlichen Disziplin. Fast an jedem Ort seien deutsche Büchereien zu finden, Sängerbünde und konfessionelle Vereine. Und wie gut schließlich die deutschen Landwirte organisiert seien, das brauche man nicht erst zu betonen; ihre Berufsberatung sei tadellos; ihr Warenverkauf werde sehr vorteilhaft durch die Genossenschaften betrieben und von den Bank- und Kreditvereinen würden sie in jeder Beziehung finanziell unterstützt, usf.

Aber das alles wurde von Dziarnowski, Klimy und Korzeniowski letzten Endes doch nicht etwa deshalb gesagt, um die Deutschen als Vorbild hinzustellen, das erhalten werden muß, damit es befruchtend und anregend auf die polnische Umgebung einwirken kann; sondern diese Anerkennung ihrer Fähigkeiten wurde den Deutschen nur deshalb gezollt, um den polnischen Hörer um so leichter von der Notwendigkeit einer Gegenwehr gegen die „deutsche Gefahr", d. h. von der Existenzberechtigung des Westmarkenvereins überzeugen zu können. So faßte dann der letzte Redner das Ergebnis des Vortragsabends auch in der an die Zuhörer gerichteten Bitte zusammen, „angesichts der vom neuen Deutschland und von der gut organisierten deutschen Minderheit drohenden Gefahr" ein gutes Werk zu tun und — wenigstens ein paar Groschen für die Vereinskasse zu stiften. Um dieser Groschen willen wurde denn auch die mehrfach anerkannte Loyalität der deutschen Minderheit von denselben Rednern wieder bezweifelt. In der Tat: Wenn man zugib., daß die Deutschen in Polen wirklich loyal und ungefährlich sind —, wie soll man dann noch die Daseinsberechtigung des Verbandes zum Schutze der Westmarken beweisen? Wenn man für diesen Verband Geld schnorren will, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als die Deutschen in Polen als eine Volksgruppe hinzustellen, die sich offen und versteckt unausgesetzt gegen die Sicherheit des polnischen Staates verjündigt; dann bleibt nichts anderes übrig, als das Mißtrauen und die Feindschaft gegen Deutschland und die Angst vor der deutschen Revanche zu schüren und am Leben zu halten.

Es wird den deutschen Volksgruppen in Polen wahrlich nicht leicht gemacht, sich dem polnischen Staate gegenüber loyal zu verhalten. Sie werden in jeder Beziehung als Staatsbürger minderen Rechtes behandelt. Bei jeder Gelegenheit wird ihnen zu verstehen gegeben, daß sie, die vielfach seit Jahrhunderten im Lande sitzen, in Polen nur geduldete Fremdlinge sind. Auf dem Arbeitsmarkt gilt der Grundsatz, daß ein Deutscher erst dann Anspruch darauf hat, in Polen zu einer Arbeitsstelle zugelassen zu werden, wenn kein Pole mehr arbeitslos ist, und daß, wenn irgendwo Entlassungen vorgenommen werden, die Deutschen die ersten sind, die auf die Straße fliegen. In der sozialen Fürsorge heißt es: Erst werden alle Polen versorgt; wenn dann noch — von den ohnehin knappen Mitteln — etwas übrig sein sollte, dann kommt eventuell auch noch eine Unterstützung für die Deutschen in Frage. Was die Presse anlangt, so stehen die deutschen Zeitungen unter Ausnahmerecht: Nachrichten, die in polnischen Blättern unbeanstandet veröffentlicht werden dürfen, werden, sofern sie in den deutschen Zeitungen erscheinen, mit Beschlagnahme oder gar Gefängnisstrafen geahndet. Und entsprechend ist es auf allen anderen Gebieten, im Schul- und Kirchenwesen, im Vereins- und Versammlungsrecht usw. Keine Behörde kümmert sich darum, wenn die polnischen Zeitungen das Deutschtum in Polen in der niederträchtigsten Weise beschimpfen; kein Gericht findet etwas dabei, wenn durch die polnischen Chauvinistenverbände der Frieden unter den Volksgruppen gestört und der Haß gegen Deutschland geschürt wird. Dieselbe Presse, die sich bei Gelegenheit für die „moralische Abrüstung" begeistert und von „deutschen Barbaren" zu sprechen pflegt, wenn einmal einem Polen in Deutschland versehentlich ein Haar gekrümmt werden sollte, hält es für ganz in der Ordnung, wenn z. B. auf dem Kongreß der Wirtschafts- und Sozialpolitiker in Polen, über den der „Dzien Pomorski" am 9. November 1933 berichtete, eine Entschließung gefaßt wird, in der es schlicht und deutlich u. a. heißt: „Infolge des Druckes der Deutschen auf die Grenzen der Republik liegt die möglichst schnelle Entdeutschung der Westgebiete im Interesse des Staates..." — oder wenn in einer Versammlung des Westmarkenvereins in Thorn, über die dasselbe Blatt am 7. November berichtete, eine Entschließung gefaßt wurde, „die zur rücksichtslosen Beseitigung aller deutschen Überreste in Pommerellen und zur rücksichtslosen Ausrottung der deutschen Sprache auffordert".

Es ist für die Deutschen in Polen gewiß nicht leicht, sich einem Staate gegenüber, der sie so offen mit der restlosen Ausrottung bedroht, loyal zu verhalten. Sie sind es trotzdem zweifellos. Sie sind es nicht aus Liebe zu diesen Polen — das wäre zu viel verlangt —, sondern sie sind es, weil sie mit zäher Liebe an diesem Lande, das ihre Heimat ist, hängen, und weil sie, wie es der Abgeordnete Franz ausgedrückt hat, sich dazu berufen glauben, durch ihre Bereitschaft zu friedlichem Nebeneinanderleben mit ihren polnischen Mitbürgern Wegbereiter einer polnisch-deutschen Annäherung zu sein.

Wirtschaft im Osten.

Ein Wendepunkt der Danziger Hafenpolitik.

Am 1. November hat ein neuer Abschnitt der Danziger Hafenpolitik begonnen. An diesem Tage trat auf Grund der Danzig-polnischen Vereinbarung vom 18. September d. J. die Senkung der Danziger Hafengebühren in Kraft. Der Danziger Hafenausschuß hat sich bei dieser Maßnahme weitgehend dem Gdingener Gebührensystem angepaßt. Das Hafenein- und Ausgangsgeld für Schiffe hat in Danzig durch die Angleichung an den Gdingener Tarif eine Senkung um etwa 50 v. H. erfahren. Das Lotsengeld war in Danzig bisher in drei Staffeln eingeteilt, wobei der höchste Satz zu zahlen war, wenn das ganze Hafengebiet bis zur Mottlau durchfahren wurde. Diese Dreiteilung des Danziger Hafengebietes ist in Fortfall gekommen; die Einheitssätze des Lotsengeldtarifs sind von Gdingen übernommen; das bedeutet eine durchschnittliche Senkung des bisher in Danzig zu entrichtenden Lotsengeldes um 68½ v. H. Die Abgabe von der Ladung wurde durch Übernahme des Gdingener Tarifs um durchschnittlich 34 v. H. gesenkt. Die Senkung ist bei den einzelnen Warengattungen verschieden; bei Kohle beträgt sie z. B. 40 v. H., bei Erzen 25 v. H., bei Weichholz über 50 v. H. Landungs- und Aufnahmegebühren für Passagiere werden in Zukunft nicht mehr erhoben. Gleichzeitig mit den Gebühren des Hafenabgabetarifs haben auch die Gebühren für die Vermietung von Umschlagsanlagen, wie Kränen, Erzverladebrücken usw. und die Lagergelder der Kaiverwaltung des Hafenausschusses eine Senkung erfahren. Im allgemeinen liegen die Senkungen zwischen 10 und 20 v. H.; die Gebühren für die Benutzung der Erzverladebrücken und Kräne bei Umschlag von Erz wurden z. B. um 27 v. H. gesenkt. Beim Lagergeldtarif der Kaiverwaltung sind besonders die höheren Sätze abgebaut worden, und zwar um 20 v. H. Um den Transitverkehr zu heben, hat der Hafenausschuß schließlich auch noch beschlossen, Gütern im Transitverkehr durch das polnische Zollgebiet mit Ausnahme der eigentlichen Massengüter eine Lagergeldfreiheit von 40 Tagen bei seewärtigem Export und von 8 Tagen bei seewärtigem Import zu gewähren. Weitere Maßnahmen, die u. a. der Kleinschiffahrt und der Küstenschiffahrt zwischen Danzig und den polnischen Häfen zugute kommen sollen, wird der Hafenausschuß zu Beginn des nächsten Jahres treffen. Darüber hinaus ist auch der Danziger Senat mit der Einleitung von Maßnahmen beschäftigt, um auf den Gebieten, die außerhalb der Zuständigkeit des Hafenausschusses liegen, eine weitere Senkung der Danziger Hafenunkosten durchzuführen und damit dem Danziger Hafen eine Besserung seiner Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Der Oktober war der erste Monat, in dem die Danzig-polnische Vereinbarung vom 5. August/18. September in Kraft war. Statt eine annähernd gleiche Verkehrszahl in beiden Häfen aufzuweisen — wie das dem Sinne der Vereinbarung entsprechen würde —, schließt der Oktober mit einem Mehr für Gdingen von 106 000 Tonnen ab. Von der Einfuhr entfielen 74,2 v. H. und von der Ausfuhr 55,1 v. H. auf Gdingen. Über Danzig gingen nur 25,8 bzw. 44,9 v. H. Gegenüber dem Monat September hat sich das Verhältnis für Danzig weiter verschlechtert. Das ist kein rühmlicher Anfang für den ersten Monat seit Inkrafttreten des Hafenabkommens. Es wird sich bald zeigen, inwieweit die Senkung der Danziger Hafenunkosten hier imstande ist, Wandel zu schaffen. Man darf, obwohl mit dem Inkrafttreten der gesenkten Hafen- und Umschlagsgebühren im Wettstreit zwischen Danzig und Gdingen eine neue Lage geschaffen ist, nicht vergessen, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Danziger Hafens gegenüber Gdingen nicht nur von der größeren oder geringeren Höhe der Hafenunkosten abhängt. Eine mindestens ebenso große Rolle spielen hierbei die mancherlei anderen Maßnahmen der polnischen Regierung, die darauf abzielen, den seewärtigen Warenverkehr von Danzig nach Gdingen zu ziehen, wie Zollvergünstigungen u. a. m. Auch in diesen Punkten muß noch Wandel geschaffen werden, wenn das Hafenabkommen sinngemäß erfüllt werden soll.

Die polnische Kohlenbahn.

Die Kohlenbahn Ostoberschlesien—Gdingen wird, da die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt hat, gegenwärtig von der polnischen Staatsbahn für Rechnung dieser Gesellschaft verwaltet. Dieser Übergangszustand soll jedoch nur bis zum Ende des laufenden Jahres dauern. Dann soll die Gesellschaft den Betrieb übernehmen. Außerdem sind sowohl an der bisherigen eingleisigen Eisenbahnstrecke noch umfangreiche Bauten von Werkstätten und sonstigen Nebenanlagen auszuführen, und schließlich soll auch das zweite Gleis noch gebaut werden, ohne welches die Brauchbarkeit der Linie beschränkt bliebe. Ferner erwarten die Polen von der Gesellschaft, daß sie die Lokomotiven und Wagen für den Betrieb der Bahn, die bisher von der polnischen Staatsbahn leihweise zur Verfügung gestellt waren, ankauft. Die Gesellschaft hat aber kein Geld mehr. Denn ihre erste Anleihe ist verbraucht, und die Aufnahme weiterer Anleihen, zu deren Auflegung sich die Gesellschaft verpflichtet hatte, ist bisher nicht zustande gekommen. Es entsteht also nun die schwierige Frage, was nach dem 31. Dezember mit der Kohlenbahn werden soll. Verhandlungen hierüber sollen kürzlich in Paris zwischen dem Aufsichtsrat der Eisenbahngesellschaft und Vertretern des polnischen Staates stattgefunden haben.

Deutsch-polnisches Roggenabkommen.

Seit dem Erntejahr 1928/29 weisen sowohl Deutschland wie Polen einen wechselnden Ernteüberschuß an Roggen auf. Während Deutschland im Erntejahr 1927/28 noch 319 000 Tonnen Roggen mehr einals ausgeführt hat, betrug sein Ausfuhrüberschuß an Roggen in den folgenden Erntejahren 405 000, bzw. 434 000, bzw. 53 000 Tonnen. Polen führte im Erntejahr 1927/28 noch 96 000 Tonnen Roggen mehr ein als aus. Seitdem ist es ebenso wie Deutschland Roggenausfuhrland. Während seine Roggeneinfuhr allmählich auf 0 sank, führte es seit dem Erntejahr 1928/29 an Roggen aus 56 000, bzw. 329 000, bzw. 266 000 Tonnen. Deutschland und Polen begegneten sich seit 1928/29 also mit ihrer Roggenausfuhr auf den ausländischen, insbesondere auf den nordischen Märkten. Das gegenseitige Unterbieten, das die Ausfuhr mehr und mehr zu einem Verlustgeschäft machte, veranlaßte im Jahre 1930 die Regierungen beider Länder zum Abschluß eines Roggenabkommens. Das damalige Abkommen konnte Deutschland in keiner Weise befriedigen. Den alleinigen Nutzen davon hatte Polen. Es ist überaus lehrreich, was die polnische Wirtschaftspresse über das seinerzeitige Abkommen geschrieben hat: Deutschland habe dem polnischen Roggenexport den Weg ins Ausland geöffnet, ihm seine kaufmännischen Erfahrungen und geschäftlichen Verbindungen zu den Roggenimportländern zur Verfügung gestellt. Mit dem billigen polnischen Roggen konnte Deutschland nicht konkurrieren. In Posen wurden die Roggenpreise im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1930/31 und 1931/32 mit 61 bzw. 52 v. H. der Berliner Preise notiert! Das Abkommen von 1930 wurde, als unzweckmäßig erkannt, nicht mehr erneuert. Trotzdem war man auf beiden Seiten von dem Wert eines weiteren gemeinsamen Vorgehens in der Frage des Roggenexports überzeugt. Im Zuge der nationalsozialistischen Friedensbestrebungen kam es daher zu neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen. Diese Verhandlungen führten am 3. November zu einer grundsätzlichen Klärung der wichtigsten Fragen. Es besteht nicht die Absicht, ein gemeinschaftliches deutsch-polnisches Verkaufsbüro zu gründen; aber es sind Maßnahmen vorgesehen, die geeignet sind, eine einheitliche Exportpolitik der beiden Länder zu garantieren.

Dr. von Grünberg über die Industrialisierung Ostpreußens.

Auf einer Delegiertenversammlung des Verbandes selbständiger Kaufleute Ostdeutschlands sprach am 5. November in Königsberg Dr. von Grünberg, der Direktor des Instituts für Ostdeutsche Wirtschaft, dem bei den Vorarbeiten für die Industrialisierung Ostpreußens vom Oberpräsidium eine entscheidende Rolle zugewiesen ist, über das Thema „Der Aufbauplan unserer Provinz". Dr. von Grünberg führte u. a. folgendes aus: Unsere Aufgabe ist die Behauptung des Deutschtums im Osten und die Verlagerung unseres ganzen geistigen und wirtschaftlichen Schwerpunkts von Westen nach Osten. Das Mittel ist die Wirtschaft, und zwar soll Ostpreußen eine ähnliche Rolle spielen wie Holland. Wie dieses mit seiner intensiven Wirtschaft bis weit den Rhein hinauf belebend wirkt, so soll Ostpreußen, als Mündungsland des Stromgebietes der Weichsel, von der Ostsee bis tief nach Rußland hinein belebend wirken. Rußlands ungeheure natürliche Kräfte werden sich einmal wieder in Bewegung setzen. Dann mahlt der zuerst, der mit seinem Fluidum in dieses weite Hinterland vorstößt. Bis dahin, solange das Kind der ostpreußischen Industrialisierung noch nicht laufen kann, muß das Reich die Patenschaft übernehmen. Das ist die Aufgabe des uns zugesicherten Vorlieferungsrechts, mit dessen Hilfe wir uns vorsichtig in den weiten osteuropäischen Wirtschaftsraum einpassen werden. Landwirtschaftliche Siedlung allein genügt nicht zur Gesundung Ostpreußens. Es muß ein industrieller Markt im Innern geschaffen werden, damit eine größere Barlohnsumme in Ostpreußen gezahlt wird. Die Industrien sollen in den Kleinstädten und noch mehr auf dem Lande angesetzt werden, und zwar vorzugsweise an den Bahnhöfen. Voraussetzung sind qualitativ hochwertige Unternehmer und Arbeiter. Aber auch dem ehrbaren Kaufmann wird für eine Anlaufzeit, vielleicht 5 bis 6 Jahre, ein Teil der Sorge abgenommen werden müssen. Die Lasten: Sozialabgaben, Steuern, Frachten, Lohntarife, Zinsen, Kohlenpreise usw. drücken in Ostpreußen besonders schwer. Einzelsubventionen führen nur zu Korruption und Ungerechtigkeit. Ganz Ostpreußen muß eine Oase werden. Daher wird vorgeschlagen, die Steuersätze sowohl des Reichs wie der Gemeinden zu halbieren, die Soziallasten zu halbieren und eine generelle Frachthilfe zu gewähren. Dazu kommt die Zinsen- und Entschuldungsfrage, die aber erst später im großen Zusammenhang zu lösen ist. Zu diesen Erleichterungen der Steueroase Ostpreußen tritt die vorläufige Sicherheit des Auftragsbestandes durch das Vorlieferungsrecht und schließlich eine Kredithilfe durch die geplante Ostpreußenanleihe.

„Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche Nation, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte."

Adolf Hitler (Reichstagsrede am 17. Mai 1933).

Die Sowjetpresse zum estländischen Volksentscheid.

Es ist verständlich, wenn die Presse der Sowjetunion den jüngsten Vorgängen in Estland größte Beachtung schenkt. Der Freistaat Estland grenzt an die Union der Sowjetrepubliken und hat seinerzeit mit dem zaristischen Rußland in unmittelbarer staatsrechtlicher Verbindung gestanden als Bestandteil des ehemaligen russischen Kaiserreichs. Daß auch die neuen roten Machthaber im Kreml zu Moskau nur auf die Gunst des Augenblickes warten, um ihren Machtbereich über das ganze Baltikum auszubreiten, insbesondere aber über das Küstengebiet im Osten des Finnischen Meerbusens, beweist der denkwürdige Revaler Kommunistenputsch vom 1. Dezember 1924. Dieser bolschewistische Aufstandsversuch landfremder Moskauer Sendlinge war darauf angelegt, sich des Regierungsviertels der Landeshauptstadt, des Revaler Domberges, durch einen Handstreich zu bemächtigen, die estnische Sowjetrepublik auszurufen, um nunmehr die an der Grenze bereitgestellten sowjetrussischen Hilfstruppen zu Hilfe rufen zu können und so das ganze Land in die Hand zu bekommen. Der Putsch ist damals allerdings gescheitert, und zwar nicht nur an der Widerstandskraft der Revaler Garnison, sondern auch an der Staatstreue der Industriearbeiter, die sich den kommunistischen Verschwörern nicht angeschlossen hatten. Was im Jahre 1924 mißlungen war, konnte zu einem günstigeren Zeitpunkt sehr wohl Erfolg haben. Nun hat der Sieg der estnischen Freiheitskämpferbewegung allen kommunistischen Umsturzplänen ein für allemal den Boden unter den Füßen entzogen, denn es ist heute wohl schon eine selbstverständliche Binsenwahrheit, daß der Sieg einer völkischen Erneuerungsbewegung für jeden ehemals demokratischen Staat einen gewaltigen Zuwachs an Stärke und Festigkeit mit sich bringt. Begreiflich ist es daher, daß die Sowjetöffentlichkeit an der Tatsache eines solchen Sieges in Estland nicht stillschweigend vorbeigehen kann, erstaunlich ist es nur, welche Deutung diesem Ereignis untergeschoben wird. In vollkommener Verkennung der estnischen Freiheitskämpferbewegung, die, wenn auch vielfach in Anlehnung an nationalsozialistische und faschistische Gedankengänge, so doch organisatorisch vollkommen selbständig aus den Gegebenheiten des heimatlichen Raumes allein entstanden ist, wollen die kommunistischen Zeitungen hier nichts als erfolgreiche Bestrebungen des deutschen Nationalsozialismus sehen, im Baltikum festen Fuß zu fassen, um von hier aus den russischen Kommunismus abwürgen zu können. Jedem Einsichtigen, der einigermaßen guten Willens ist, muß es klar sein, daß die estnische Erneuerungsbewegung niemals einen so gewaltigen Zulauf erhalten hätte, wenn es ihren Gegnern jemals gelungen wäre, auch nur den Schatten eines tatsächlichen Beweises dafür beizubringen, daß diese Bewegung im Solde einer auswärtigen Macht oder Partei steht. An fruchtlosen Verhetzungsversuchen in diesem Sinne hat es selbstverständlich nicht gefehlt. Die Bolschewistenblätter sollten es indessen doch wohl lieber bleiben lassen, aus dem Glashause ihrer kommunistischen Weltrevolution heraus mit Steinen zu werfen und einen nicht vorhandenen kriegerischen Imperialismus des neuen Deutschland zu erfinden. Daß jeder Deutsche Kampf und Sieg der Freiheitskämpfer mit Sympathie verfolgt hat, ist bei der Achtung, die das nationale Deutschland für jede völkische Richtung einer andern Nation hegt, selbstverständlich.

Wir wollen nun im einzelnen die sowjetrussischen Presseäußerungen Revue passieren lassen. Die „Wetschernjaja Moskwa" stellt in Nr. 240 vom 19. Oktober 1933, nachdem sie eine anerkennende Erwähnung der estnischen Freiheitskämpfer aus der reichsdeutschen Tagespresse zitiert hat, fest, der Sieg der Freiheitskämpfer hätte Estland in ein Aufmarschgebiet für das nationalsozialistische Deutschland in Osteuropa verwandelt, wodurch der Völkerfriede ernstlich gefährdet sei. Die „Kraßnaja Gaseta" Nr. 241 vom 15. Oktober 1933 überschreibt ihre Stellungnahme „Estland unter dem Hakenkreuz" und nennt das Ergebnis des Oktober-Volksentscheids in Estland eine Festigung der deutschen Angriffsstellung gegen die Union der Sowjetrepubliken. Die Einstellung der estnischen Freiheitskämpfer sei offenkundig sowjetfeindlich, die Freiheitskämpfer seien nichts als Schleppenträger des deutschen Nationalsozialismus. Das Blatt geht so weit, zu behaupten, daß demnächst nicht nur Estland, sondern der ganze baltische Raum Deutschland im Kampfe gegen die U. d. S. S. R. Gefolgschaft leisten würde. Der Führer des lettischen Faschismus, Gustav Zelmin, stehe mit der NSDAP in Verbindung und hätte dem Freiheitskämpferverband einige Tage vor dem Volksentscheid sagen lassen: Ihr habt anzufangen, wir in Lettland werden euch bald folgen. Die Lappo-Bewegung in Finnland, so schreibt das Bolschewistenorgan, schließe den Kreis der im deutschen Solde stehenden Sowjetfeinde. Das faschistische Estland sei nur die erste Etappe der Bekehrung des ganzen baltischen Raumes zum Faschismus und der Anwendung der „schöpferischen Kräfte" des Nationalsozialismus im europäischen Osten. Vielleicht noch lehrreicher ist ein Artikel der „Sozialistischen Landwirtschaft" in Nr. 292 vom 20. Oktober 1933. „Wer steht hinter den estnischen Freiheitskämpfern?" Es heißt dort: „Die estnische Verfassungsänderung hat eine Bedeutung, die über das innerpolitische Leben des Landes weit hinausreicht. Hier geht es nicht so sehr um eine Änderung der Staatsordnung, als um die Errichtung eines Stützpunktes für den deutschen Nationalsozialismus in seiner gegen die Sowjets gerichteten Politik." Das Blatt knüpft die Mahnung daran, die Sowjetregierung solle die Ereignisse in Estland aufmerksam verfolgen. Die amtlichen „Iswestija" stellen in Nr. 256 vom 18. Oktober 1933 fest: „Die faschistische Diktatur in Estland ist eine vollendete Tatsache. Die Hauptaufgabe der Freiheitskämpfer ist die Durchführung einer sowjetfeindlichen Politik. Die estnischen Faschisten stehen hierbei unter der unmittelbaren Schirmherrschaft des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland. Die deutschen Nationalsozialisten rechnen damit, daß der Durchbruch des Faschismus in Estland die estländische Politik an Deutschland binden muß. Der Sieg der estnischen Freiheitskämpfer bedeutet den Erfolg einer Politik der Abenteurer, die für die Sache des Friedens äußerst gefährlich ist. Indessen wird Estland selbst unter den Folgen einer solchen Politik am meisten zu leiden haben."

Die „Prawda" behauptet in Nr. 291 vom 18. Oktober 1933 das Vorhandensein einer organisatorischen Verbindung zwischen estnischen Freiheitskämpfern und deutschen Nationalsozialisten: „Die Freiheitskämpferbewegung wird durch Gelder finanziert, die aus dem Auslande durch das Bankhaus G. Scheel & Co. ins Land gelangen. Es ist bekannt, daß die Scheelsche Bank stets den Interessen des deutschen Nationalsozialismus im Baltikum gedient hat. Der Schriftleiter der Revaler nationalsozialistischen Zeitung ‚Der Aufstieg', Baron Stäckelberg, und andere Sendboten Rosenbergs treten offen als Leiter der Freiheitskämpferbewegung auf. Die Bekehrung des Baltikums zum Faschismus ist eine der Hauptaufgaben der deutschen nationalsozialistischen Außenpolitik in ihrem Drang nach Osten." Die „Prawda" droht mit einer Gegenmobilisation der kommunistischen Kräfte.

Zu den Ausführungen des Sowjetblattes wäre sachlich zu bemerken, daß es einen „Aufstieg"-Schriftleiter Baron Stäckelberg nicht gibt und nie gegeben hat. Auch gibt es in Estland keine „anderen Sendboten Rosenbergs". Eine Interessenvertretung des Nationalsozialismus ausgerechnet durch das Bankhaus G. Scheel & Co. erscheint Kennern der estländischen Wirtschaft geradezu grotesk in Anbetracht der nahen Beziehungen dieses Bankhauses zu einer weltbekannten jüdischen Bankfirma. Im ganzen ist es jedoch ein außerordentlich erheiterndes Schauspiel, wie die bolschewistische Presse wieder einmal auf den alten Verbrecherkniff verfallen ist und lauthals „Haltet den Dieb!" schreit.

— tg. —

Ostland-Woche.

Wirtschaftliche Vorzugsbehandlung der Anleihezeichner.

Bei allen öffentlichen Ausschreibungen und Ankäufen staatlicher und gemeindlicher Stellen verlangen die polnischen Behörden gegenwärtig von den bewerbenden Firmen Ausweise darüber, ob diese bei der Zeichnung der letzten inneren staatlichen Anleihe „ihre Pflicht erfüllt haben". Die Firmen, welche erhebliche Zeichnungsbeträge aufweisen können, erhalten den Vorrang. Daß das so kommen würde, war schon vorher bekannt. Kein Wunder also, daß so viel gezeichnet worden ist.

Grazynski — Ehrenbürger von Bielitz.

Der Bielitzer Gemeinderat hat einstimmig die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den Wojewoden von Schlesien, Grazynski, beschlossen. Diese Ehrung wird mit den Verdiensten des Wojewoden um die Errichtung der Talsperre bei Lobnitz begründet. Die „Kattowitzer Zeitung" schreibt dazu: „Unseres Wissens ist die Ernennung zum Ehrenbürger einer schlesischen Stadt die erste Ehrung dieser Art, die dem Wojewoden Dr. Grazynski zuteil wird. Er kann stolz darauf sein, daß sie ihm von einer Stadt dargebracht wurde, die auch nach dem Ausweis der letzten Volkszählung die deutscheste Stadt in Polen ist. Wir haben keine grundsätzlichen Bedenken gegen Ehrungen dieser Art. Was jedoch bedenklich stimmen muß, ist der Zeitpunkt, in dem diese Ehrenbürgerschaft verliehen wurde. Da der Bielitzer Gemeinderat eine deutsche Mehrheit hat, und da es heißt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, haben sich also auch die deutschen Stimmen auf diesen Beschluß vereinigt. Es scheint in Bielitz unbekannt zu sein, daß im Zeitpunkt der Beschlußfassung eben erst zehn Tage vergangen waren, seitdem das Deutschtum des benachbarten Oberschlesien gezwungen war, in einer Eingabe an den Präsidenten der Gemischten Kommission über mangelnden Schutz gelegentlich der Demolierung der Volksbundheime Klage zu führen. Es scheint also zwischen den beiden Vorgängen eine gewisse Disharmonie zu bestehen, die man bedauern muß".

14 polnische Studentenverbindungen aufgelöst.

An der Jagiellonischen Universität in Krakau sind 14 studentische Verbindungen aufgelöst worden. Die Auflösung wird von seiten der Behörden mit Formverstößen begründet. Tatsächlich aber dürften politische Beweggründe maßgebend gewesen sein. Die große Mehrheit der polnischen Studentenschaft steht bekanntlich dem Lager der oppositionellen Nationaldemokratie nahe. — Der polnische Unterrichtsminister hat den zum Rektor der Universität Lemberg gewählten Professor Marian Franke nicht bestätigt. Es ist dies bereits die vierte Rektorenwahl in Polen seit Einführung des neuen Hochschulgesetzes, die vom Ministerium nicht bestätigt worden ist.

Auflösung der Universität Warschau.

Im Anschluß an schwere Zusammenstöße zwischen nationaldemokratischen und regierungstreuen Studenten hatte die polnische Regierung die Auflösung der Universität Warschau verfügt. Sämtliche Professoren wurden beurlaubt. Gegen den Rektor der Universität wurde von Regierungsseite der Vorwurf erhoben, die Polizei am rechtzeitigen Eingreifen in die Unruhen verhindert zu haben. Der gesamte Universitätsbetrieb wurde stillgelegt; nur die Kliniken und Büros, die keine Studentenangelegenheiten bearbeiteten, bestehen fort. Gegen mehrere Studenten wurde Anklage erhoben. Die Verwaltungsräume des polnischen Studentenhilfswerkes „Bratnia Pomoc" wurden geschlossen. Die Tätigkeit dieser Institution ist aufgehoben.

Am 11. November wurden auch die landwirtschaftliche Hochschule und die Handelshochschule wegen Schlägereien zwischen polnischen und jüdischen Studenten bis auf weiteres geschlossen. Die polnischen Studenten hatten versucht, den jüdischen den Zutritt zu den Vorlesungen zu verwehren. In der Technischen Hochschule wurden die jüdischen Studenten aus der Vorhalle auf die Straße gedrängt. Der Rektor hat auf die Beschwerde der jüdischen Studenten die Vorlesungen auf einen Tag unterbrechen lassen.

Überfall auf ein Volksbundheim.

In Pleß wurde am 9. November die vom Deutschen Volksbund einberufene Versammlung, wobei ein Lichtbildervortrag über „Städte- und Landschaftsbilder" stattfinden sollte, durch Aufständische gesprengt. Eine größere Gruppe Aufständischer erzwang sich mittels falscher Mitgliedsausweise den Eintritt in den Saal, wo sie zu lärmen begann. Da die Polizei erklärte, daß sie nicht einschreiten könne, da es sich um „Mitglieder" handle, entstand eine Panik. Der Saal wurde durch den Notausgang von den Besuchern fluchtartig verlassen. Vor dem Lokal waren inzwischen stärkere Gruppen von Aufständischen aufmarschiert, die die Verfolgung der Deutschen aufnahmen. Einzelne Deutsche wurden mißhandelt.

Polnische Richter als „Sachverständige" für deutsche Sprache.

Vor dem Kattowitzer Bezirksgericht hatte sich am 10. November in der Reihe der gegen ihn schwebenden 30 Prozesse der frühere verantwortliche Schriftleiter der „Kattowitzer Zeitung", Heinz Weber, wegen angeblicher Beleidigung des polnischen Staatspräsidenten zu verantworten. Weber wurde zu acht Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub verurteilt, so daß er zusammen mit den bisherigen Strafen drei Jahre zwei Monate Gefängnis zu verbüßen hat. Das Gericht sah in der Wendung: „Der polnische Staatspräsident wird weiter die repräsentative Rolle spielen und Pilsudski wird weiter der Wächter der Politik bleiben", eine „Beleidigung des Staatspräsidenten". Der Vorsitzende erklärte in der Urteilsbegründung, daß man die hohe Intelligenz des Angeklagten berücksichtigen müsse, der es „in raffinierter Weise verstanden habe, die Beleidigung in geschickte Sprachform zu fassen"; die Form ist offenbar so „geschickt", daß es schon der Intelligenz eines polnischen Richters bedarf, die darin enthaltene „Beleidigung" herauszuhören. Weiter wird in der Urteilsbegründung betont, daß die „Kattowitzer Zeitung" schon jahrelang einen polenfeindlichen Standpunkt eingenommen habe, daß man aber erst in den letzten Monaten gegen sie eingeschritten sei. Sowohl der Angeklagte wie sein Verteidiger legten vergeblich dar, daß in dem Ausdruck „eine repräsentative Rolle spielen" nach deutschem Sprachempfinden keine Herabsetzung oder Beleidigung zu erblicken sei; die polnischen Juristen jedoch wußten das besser!

Deutsche Kassenärzte entlassen.

Vor kurzem haben die Krankenkassen des Kreises Bromberg fünf deutschen Ärzten die Erlaubnis entzogen, im Auftrage der Krankenkasse ihre Praxis auszuüben. Es muß dabei bemerkt werden, daß die Krankenkassen in Polen den Charakter eines Monopols tragen, so daß alle Angestellten und Arbeiter in Stadt und Land diesen Krankenkassen angehören müssen. Wenn jetzt die Krankenkassen fünf deutsche Ärzte entlassen haben, so geht daraus hervor, daß die nach Tausenden zählende deutsche Bevölkerung der Stadt Bromberg gezwungen ist, sich in Krankheitsfällen an polnische Ärzte zu wenden, während den deutschen Ärzten vielfach die Existenzmöglichkeit äußerst erschwert, wenn nicht gar untergraben wird. Die deutsche Bevölkerung von Bromberg hat nach diesem weiteren gegen sie geführten Schlag nur noch zwei Krankenkassenärzte. Das Bromberger Beispiel steht nicht vereinzelt da. Fast in allen Kreisen der westpolnischen Gebiete wurden die gleichen Maßnahmen gegen die deutschen Ärzte getroffen, und in zahlreichen Orten wurde auch den deutschen Apotheken das Recht entzogen, Krankenkassenpatienten zu beliefern.

Auch ein Jubiläum.

Die Ausgabe des „Oberschlesischen Kurier" vom 24. Oktober wurde wegen eines kurzen Artikels mit der Überschrift „Eine ungewollte Bestätigung", der sich mit dem Tätigkeitsbericht des berüchtigten Aufständischenverbandes beschäftigte, von den polnischen Behörden beschlagnahmt. Seit der Abtrennung Ostoberschlesiens ist dies die 300. Beschlagnahme des Blattes.

Heil Hitler = 2 Wochen Haft.

Vor dem Gdingener Gericht wurde ein Danziger Bürger wegen „Beleidigung des polnischen Staates" zu zwei Wochen Haft verurteilt. Er war in Adlershorst unmittelbar an der Danziger Grenze aus dem Zuge geholt und in Haft genommen worden. Ein Mitreisender des Zuges Danzig—Gdingen hatte ihn angezeigt, weil er den Fahrgästen „Heil Hitler" zugerufen und nationalsozialistische Lieder gesungen haben soll.

Deutsches Volksbundheim geschlossen.

In dem Heim des Deutschen Volksbundes in Lipine erschienen am 9. November Polizeibeamte, die das Heim kurzerhand für geschlossen erklärten, da es „für die Zusammenkunft von Menschen nicht mehr geeignet" sei. Zu der polizeilichen Verfügung wurde die Ventilationseinrichtung sowie die nicht Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten beanstandet.

Danziger T. H. verleiht Dr. phil.

Als Danzig im Jahre 1908 eine Technische Hochschule erhielt, wurde bei ihrem Aufbau wie an den übrigen Hochschulen des Reiches eine Abteilung für Allgemeine Wissenschaften errichtet, die den Studenten der technischen Fächer die Kenntnis der allgemeinen bildungsmäßigen Grundlagen der Philosophie, der Geschichte usw. vermitteln sollte und die dies Jahrzehnte hindurch auch getan hat. Mit der Abschnürung Danzigs vom Reich und der Bildung eines neuen eigenen Staatswesens wurde die kulturelle Bedeutung dieser Hochschule stark gesteigert und ihr Aufgabenkreis erweitert. Das kam unter anderem in einem Ausbau der Abteilung für Geisteswissenschaften an der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften zum Ausdruck. Diese Erweiterung nahm im Laufe der Zeit einen solchen Umfang an, daß die Studierenden der Philologie, und zwar der Fächer: Deutsch, Geschichte, Philosophie, Englisch, Französisch, Erdkunde und Kunstgeschichte, ihr Studium an der Technischen Hochschule Danzig absolvieren konnten unter der Voraussetzung, daß sie einige Semester an den Universitäten des Reiches studiert hatten. Gleicherweise konnten auch reichsdeutsche Studenten der Philologie einen Teil ihres Studiums in Danzig verbringen. Diese Entwicklung fand im Jahre 1927 einen gewissen Abschluß, als im Einvernehmen mit dem Reich an der Technischen Hochschule Danzig das Staatsexamen für das höhere Lehramt in den genannten Fächern abgelegt werden konnte. Auch das Promotionsrecht (verliehen wurde der Dr. rer. techn.) stand Danzig zu.

Nachdem aus der Reihe der Studenten heraus unter Führung ihrer Dozenten, vor allem des Germanisten Prof. Dr. Kindermann, eine Anzahl vorzüglicher Doktorarbeiten vorlagen, ist in Anbetracht der vorwaltenden besonderen Verhältnisse jetzt der Geisteswissenschaftlichen Abteilung der T. H. Danzig das Recht zuerkannt worden, die Würde eines Dr. phil. zu verleihen. Selbstverständlich wird dieses Examen, wie alle bisher an der T. H. Danzig abgelegten philologischen Examen, im Reich voll anerkannt.

Abbau der ostoberschlesischen Industrie.

Die Laurahütte, die früher als eines der größten Industriewerke Oberschlesien mehr als 4000 Arbeiter beschäftigte, steht kurz vor der Stillegung. Nachdem die Verwaltung nach Königshütte verlegt worden ist, hat man 18 der restlichen Angestellten zum Ende des Jahres gekündigt. Außerdem werden von der nur noch 600 Mann betragenden Belegschaft 400 Arbeiter zum 1. Dezember entlassen. Die übrigen 200 Arbeiter werden bei Abbrucharbeiten beschäftigt werden. Die Verwaltung steht bereits mit Demontagefirmen in Verhandlungen über den Abbruch der Stahlwerköfen, der Hochöfen und des Walzwerks.

Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, früher als Gesamtinteressenvertretung der oberschlesischen Industrie von großer Bedeutung, mußte Anfang vorigen Jahres zwangsweise in Liquidation treten, um einer polnischen Organisation, der „Union der polnischen Schwerindustrie", die gleichzeitig auch die Dombrowaer und Krakauer Industriereviere umfaßt, Platz zu machen. Die seinerzeit von den oberschlesischen Werksverwaltungen eingesetzten Liquidatoren sind jetzt durch eine behördliche Verfügung abgesetzt und durch staatliche Kommissare ersetzt worden. Es ist zu befürchten, daß die polnischen Behörden das nicht unbeträchtliche Vermögen des alten Berg- und Hüttenmännischen Vereins mit Beschlag belegen und die frühere deutsche Beamtenschaft des Vereins schädigen werden.

Reichsbahn-Fluglinie Berlin—Königsberg.

Am 2. November wurde die erste Reichsbahn-Fluglinie Berlin—Königsberg eröffnet. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen mußten vor einiger Zeit zwei Schnellzüge auf der Strecke durch den Korridor ausfallen. Das hatte zur Folge, daß sich die Post- und Expreßzustellung nach und von Ostpreußen erheblich verschlechterte. Diesem Übel ist durch die Schaffung der neuen Fluglinie nach Möglichkeit abgeholfen worden. Das Frachtflugzeug, das das Wappenbild der Reichsbahn (das geflügelte Bahnrad) trägt, startet täglich um 23.15 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof und trifft fahrplanmäßig um 2.30 Uhr in Königsberg-Devau ein; in Königsberg startet die Ma-

schine um 23 Uhr, um gleichfalls um 2.30 Uhr in Tempelhof zu landen. Die Stundengeschwindigkeit der Maschinen beträgt durchschnittlich 200—225 Km. Die mit den Flugzeugen beförderten Sendungen werden in Berlin und Königsberg mit der ersten Briefzustellung besorgt.

Erz-Vorkommen im Eulengebirge.

Durch einen Wünschelrutengänger ist es im Eulengebirge in einem sieben bis acht Kilometer umfassenden Gelände bei Ludwigsdorf in der Nähe von Neurode das Vorkommen von großen Mengen abbaufähiger und reichhaltiger Erze festgestellt worden. Es handelt sich, wie die Bohrungen ergaben, um Kupfer und sonstige, auch goldhaltige Erze, die in Massen von etwa 180 000 bis 200 000 Kubikmeter in einer Tiefe von 20 Meter an lagern. Die maßgebenden Stellen sind auf diese Erzvorkommen hingewiesen, so daß die Gewähr besteht, daß die Abbaufähigkeit dieser Erzlager einer fachlichen Prüfung unterzogen wird.

„Die Spritze."

In Kattowitz erscheint seit kurzem eine Zweiwochenschrift „Die Spritze". Sie wird von A. Trunkhardt redigiert, einem von der Abstimmungszeit her übel beleumdeten Renegaten. Die „Polska Zachodnia" spricht die Hoffnung aus, daß dieser „humoristischen deutschen Anti-Hitler-Zeitung", die „voll gelungener Witze und Karikaturen" ist, der Erfolg nicht versagt bleiben möge. Man kann die Polen zu ihrem sauberen Bundesgenossen beglückwünschen.

„Judenverfolgungen."

Was für phantastische Blüten die Greuelpropaganda in Polen immer noch treibt, zeigte eine Meldung des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" vom 29. Oktober. In Westoberschlesien, so heißt es da, hätten sich in letzter Zeit viele judenfeindliche Ausschreitungen ereignet. Der Polizeipräsident von Breslau habe nun einen Erlaß herausgegeben wonach diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die sich offen zum jüdischen Glauben bekennten, in Konzentrationslager gebracht werden sollen. (!?) Diese neue Bedrückung, so phantasierte das Krakauer Hetzblatt weiter, sei veranlaßt worden durch die diplomatischen Proteste Frankreichs und Englands in Berlin gegen die Judenmassakres in Oberschlesien. Die Hitler-Regierung habe die deutschen Juden im Verdacht, diesen Schritt der fremden Staaten veranlaßt zu haben, und deshalb habe man obige Verordnung erlassen. — Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Polen und die Juden.

Die Zionisten in der jüdischen Fraktion im polnischen Sejm scheinen jetzt ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung aufgeben zu wollen. Der eigentliche Führer dieser Opposition, der ehemalige Abgeordnete Grünbaum, hat sein Mandat niedergelegt, um nach Palästina auszuwandern. Sein Nachfolger, der Warschauer Rechtsanwalt Hartglas, nimmt der Regierung gegenüber eine ganz andere Stellung ein. Im Warschauer zionistischen Komitee gab er dieser Tage eine Erklärung ab, nach welcher die Juden alle Ursache hätten, mit der gegenwärtigen Regierung Polens zufrieden zu sein. Er beantragte gleichzeitig, die oppositionelle Haltung gegen das Piljudski-Regime aufzugeben. Wenn die Zionisten in das Regierungslager übergehen, so würde auch die Oppositionsfront gegen die von der Regierung gewünschte Verfassungsreform eine Schwächung erleiden. Die christlich-demokratische „Polonia" Korfantys berichtet hierüber: „Der Advokat Hartglas begann mit Klagen. Die schwere wirtschaftliche Lage in Polen hätte sich nicht geändert. Bei den Lieferungen für die Regierung seien die Juden benachteiligt worden. Auch das Steuersystem hätte sich nicht geändert. Die Versprechungen seien nicht erfüllt worden. Es hat sich auch auf dem Gebiet der jüdischen nationalen Forderungen nichts zum Besseren geändert, aber ... sagte Hartglas, man muß feststellen, daß die Regierung ihre Pflichten gegen uns erfüllt und uns die Grundrechte zusichert, sowie uns Unterstützung widerfahren läßt und Sympathie für uns zeigt in ihrer auswärtigen Politik. Die Regierung bekämpft dabei besonders energisch die judenfeindlichen Ausschreitungen. Dieser Standpunkt der Regierung den Juden gegenüber hat die seelische Einstellung der jüdischen Bevölkerung geändert, die in der Regierung den Verteidiger gegen alle judenfeindlichen Äußerungen sieht."

Arierparagraph bei den polnischen Studenten.

In Polen ist ein neuer Ehrenkodex für die Studentenschaft in Vorbereitung. In einigen wichtigen Bestimmungen ist er an deutsche Vorbilder angelehnt. Bemerkenswert ist die Einführung des Arierparagraphen, wonach Juden nicht mehr Genugtuung gegeben zu werden braucht, mit der alleinigen Ausnahme, daß Juden, die als Offiziere im polnischen Heer dienen, satisfaktionsfähig sind. Der Kodex soll im Dezember d. J. der Öffentlichkeit übergeben werden.

Ostpreußen, die Sehnsucht der deutschen Jugend.

Das Reichsverkehrsministerium hatte bekanntlich in diesem Jahr ein Preisausschreiben unter den Schülern der höheren Lehranstalten und technischen Hochschulen veranstaltet und für die besten Arbeiten über ein Thema, das mit dem deutschen Osten zusammenhing, Freifahrkarten für den Seedienst Ostpreußen gestiftet. Die Beteiligung an diesem Preisausschreiben war unerwartet groß. 208 Preise konnten verteilt werden. Ganze Stapel von Abhandlungen geschichtlicher, kultureller und landschaftlicher Art sind im Ministerium eingegangen, Aufsätze mit einem Umfang von 100 Seiten und mehr, anschaulich gemacht durch statistische Tabellen, Karten und Skizzen sind keine Seltenheit. Es sind Arbeiten dabei, die sich sehen lassen können und die ein Zeugnis dafür ablegen, daß auch und gerade die deutsche Jugend sich in hohem Maße mit den Ostproblemen befaßt.

Inzwischen haben die Preisträger ihre Fahrt nach Ostpreußen hinter sich. Sie ist allen ein Erlebnis gewesen. Und es ist eine Lektüre, die sich außerordentlich lohnt, wie die Jungen nun von den gewaltigen Eindrücken der Fahrt in den Osten erzählen. Die beste Arbeit hat wohl ein Schüler einer sächsischen Baugewerbeschule eingesandt. Man könnte sie als Broschüre herausgeben. Schon der selbst entworfene und gezeichnete Umschlag spricht von dem guten Geschmack des Schülers. Der Inhalt der Arbeit aber ist ein Kunstwerk für sich. Skizzen der schönsten Baudenkmäler der Ostmark sind in dem begeistert geschriebenen Reisebericht eingestreut. Dem Baugewerbeschüler, der arbeitslos ist, wird das Ministerium auf Grund seiner ausgezeichneten Leistung wahrscheinlich eine Stellung verschaffen, in der er seine Fähigkeiten anwenden kann.

Auf die meisten Jungen hat das Tannenbergdenkmal den größten Eindruck gemacht. Einem Misdroyer Jungen gefiel besonders eine Kahnpartie im Kontinnenfluß. Mit einem Photoapparat, zwei Nosen und Kolbenheyers „Gestirnen des Paracelsus" ausgerüstet, hatte ein anderer Schüler sich auf den Weg nach Ostpreußen gemacht. Mit dem Apparat brachte er wirklich ausgezeichnete Bilder zustande, die er, fein säuberlich aufgeklebt, mit seiner Reiseschilderung dem Verkehrsministerium eingeschickt hat. Andere versprechen, im nächsten Jahr Ostpreußen noch einmal aufsuchen und dann die noch nicht gesehenen Teile durchwandern zu wollen. Einer der Jungen erzählt, wie er in einem kleinen Dorf bei strömendem Regen keine Unterkunft mehr finden konnte: „Mein Weltbild glitschte bedenklich ins pessimistische, fatalistische Fahrwasser hinüber", bis er sich dann schließlich in „Getreidegarben verschanzte und das müde Haupt auf die Aktentasche bettete"; und während „draußen" sanft der Regen plätscherte, duselte er langsam „in eine angenehmere Welt hinüber". Die nächsten Tage haben ihn für dieses Mißgeschick wieder entschädigt. Ein Hamburger Junge hat eine ausgesprochene Bildreportage eingesandt, die er mit begeisterten Worten über das Ostland verbindet. In vielen Schilderungen kommt die ehrliche Entrüstung über die Auswirkungen des Versailler Vertrages zum Ausdruck. Sätze wie: „Das ist eine große Schande, die am deutschen Volk begangen worden ist" oder: „Kein Deutscher, der sein Vaterland liebt, kann das mit Ruhe ansehen" sind keine Seltenheit. Einem Bergedorfer Schüler haben die ostpreußischen Frauen besonders imponiert. Sie sind „wahrlich ein streitbares Volk". Und er erzählt: „Die Herren der Schöpfung zechten in einer Kneipe. Die Frauen erschienen. Nach 5 Minuten Sturm beherrschten die empörten Hausfrauen die Lage vollkommen. Nach einem kleinen weiteren Scharmützel mit dem Wirt zogen sie triumphierend mit ihren Gefangenen ab." „Aber dennoch", so heißt es weiter, „die ostpreußischen Frauen schwingen nicht nur den Pantoffel geschickt und mit Macht, sondern auch den Kochlöffel. Das versöhnt!"

Zwei pommersche Schüler bezeichnen Danzig als das „Hamburg des Ostens". Sie haben den Danziger Lachs probiert und sich dann sogar „einen Kleinen angekümmelt". Wie ihnen das bekommen ist, darüber schweigen sie allerdings. Mit gemischten Gefühlen ist ein Zittauer Junge auf die „Hansestadt Danzig" geklettert, nachdem ihm einer der gerade mit der Schiffsreinigung beschäftigten Matrosen erklärt hatte, daß „der Kahn auf der Überfahrt etwas geschaukelt" habe, und daß „die Herrschaften mit ihrem Kaffee das Schiff bemalt" hätten. Aus den Reiseschilderungen spricht auch sehr oft der Sinn für Humor: Auf einer Wiese nahe den großen Seen sahen die jugendlichen Besucher einmal 27 Störche einherstelzen; das veranlaßte einen zu der Feststellung, jetzt wisse er endlich, „woher der Kinderreichtum Ostpreußens kommt". Edwin Graf aus Coburg findet die richtigen Worte, die in anderer Form von fast allen Ostpreußenbesuchern ausgesprochen werden, wenn er seinen geistreichen, mit Humor durchwürzten Bericht schließt: „Unverständlich ist es mir, warum es noch so viele Deutsche ins Ausland zieht, wo doch unser Vaterland so herrliche unvergeßliche Schönheiten birgt." Und zwei Tilsiter Schüler haben die Reise umgekehrt von Ostpreußen nach Hamburg gemacht. Auch sie schreiben begeistert von den neuen fremden Eindrücken, die sie gewonnen haben; aber: „So schön auch die Fahrt war, ich war doch froh, wieder auf ostpreußischem Boden zu stehen; denn wir Ostpreußen lieben nun einmal unsere Heimat und ziehen ihre Schönheiten allen anderen vor."

Alle diese Schilderungen der deutschen Jugend, die begeistert ist vom deutschen Ostland, sollten einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, sie beweisen besser als alle Werbeplakate und Filme es zu tun vermögen, daß hier im Osten deutsches Land ist, dessen Besuch sich lohnt.

Alfons Neumann.

Wilhelm Kubes Geburtstag.

Der 13. November bewies, mit welcher Liebe und Verehrung die Ostmark an ihrem Gauleiter und Führer Wilhelm Kube hängt. Das jetzt dem Gau Kurmark gehörige Haus an der Apostelkirche Nr. 7 hallte wider von dem Klang der Standartenkapellen. Besucher kamen und gingen; eine Fülle von Geschenken und Blumen bewies die Absicht des Ostdeutschtums, ihrem Vorkämpfer eine Freude zu machen. Unter den Besuchern befanden sich auch der Führer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Lüdtke, und der stellvertretende Bundesführer Dr. Thiele, die dem Schirmherrn des BDO aufrichtige Segenswünsche und zugleich die Grüße der Ostmärker überbrachten. Als äußeres Zeichen der Verbundenheit mit Pg. Kube überreichten sie ihm ein Ölgemälde von Herbert Kuron, einem schlesischen, also der Heimat Wilhelm Kubes entstammenden Maler. Das Bild stellt Fischerboote dar, die über das Haff segeln. Außerdem überreichte der Bundesführer dem Schirmherrn die Mitgliedskarte Nr. 2 des BDO und heftete ihm unser Abzeichen an. Mit herzlichen Worten dankte Oberpräsident Kube und betonte, wie stark er sich mit dem BDO und seinen Arbeiten verknüpft wisse. Als besondere Geburtstagsfreude hob er hervor, daß am Tage vorher gerade die Ostmärker und mit ihnen seine Kur- und Grenzmärker sich mit dem allergrößten Erfolg für Adolf Hitler im Wahlkampf geschlagen hatten. — Auch der Landesführer Ostmark, Pg. Kriebel, war erschienen und überreichte dem Schirmherrn eine heimatliche Radierung. Der Bundesamtsleiter für ostdeutsches Schrifttum, Dr. Herbert Böhme, sandte im Namen der ostdeutschen Dichter ein Glückwunschtelegramm.

Eine besondere Genugtuung für den BDO ist es, daß er seinem Schirmherrn nunmehr die zweiten tausend Mark als Beitrag zur Erwerbung des Gau-Hauses „Kurmark" übermitteln konnte.

Buchbesprechungen.

Der Danziger Hafen in polnischer Darstellung. Bericht über das Buch von K. Swiątecki: „Rozwoj portu Gdanskiego" von Diplomvolkswirt Rudolf Neumann. Heft 7 der Ostland-Schriften, herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig. Danziger Verlagsgesellschaft m. b. H. 1933. 126 Seiten. — Das Buch von Swiątecki, von dem Neumann eine eingehende, kritische Inhaltsangabe gibt, ist im Verlage des Baltischen Institutes in Thorn erschienen; es ist die umfassendste Darstellung der Nachkriegsentwicklung des Danziger Hafens, die von polnischer Seite vorliegt, und es bildet demgemäß, obwohl die Darstellung nur bis zum Jahre 1930 reicht, die für die polnische Danzigpolitik und -publizistik auch in Zukunft maßgebliche Quelle. Das Buch verdient gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem das nationalsozialistisch regierte Danzig eine Generalbereinigung seines Verhältnisses zu Polen, also eine friedliche Zusammenarbeit mit dem polnischen Hinterlande anstrebt, besondere Beachtung; denn Swiątecki gibt in seinem Buche eine Darstellung der Methoden der systematischen friedlichen Durchdringung Danzigs durch Polen, also eine Darstellung der polnischen Kampfmethoden, gegen die die Freie Stadt sich in der jetzt begonnenen Ära der friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird zur Wehr setzen müssen. Was Polen unter friedlicher Zusammenarbeit versteht, wie es letzten Endes diese Zusammenarbeit erst dann als völlig gesichert ansieht, wenn Danzig sich vollkommen seiner Selbständigkeitsrechte begibt, wie es den Danzigern klar zu machen versucht, daß es ihnen erst dann wirtschaftlich wirklich gut gehen werde, wenn sie sich vorbehaltlos dem polnischen Willen einfügen, das wird von Swiątecki ausführlich geschildert. Insofern ist die Arbeit Neumanns in hohem Maße aktuell; denn sie gewährt Einblick in die Gefahren, denen Danzig nicht nur in offenem Kampfe mit Polen, sondern auch dann ausgesetzt ist, wenn es friedliche Beziehungen zu seinem polnischen Nachbarn unterhält.

Deutsche Not an der Weichsel. Ein Bilderbuch von Walter Raschdorf mit einem Geleitwort von Oberpräsident Erich Koch. Verlag Gräfe und Unger, Königsberg. Preis 1,75 RM. — Über die ostpreußische Weichselgrenze ist schon viel geschrieben worden. Es gibt aber kaum eine Schrift, die mit solcher Eindringlichkeit die Sinnlosigkeit dieser Grenzziehung veranschaulicht, wie dieses Buch von Walter Raschdorf. Ein lebendig geschriebener Text, der einem Geschichte und Gegenwart des deutschen Weichselandes nahebringt, Kartenskizzen, die Ostpreußens Abschnürung vom Reich und vom Weichselstrom zeigen, und Tabellen, die mit einem Blick Geschichtsverlauf und Volksentwicklung des Weichselandes umfassen lassen, bilden die Grundlage zum rechten Verständnis des Bilderteils, den man als einzigartig und hervorragend bezeichnen kann.

Die Kulmer Handfeste von Prof. Guido Kisch. Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 1931. 162 Seiten. Brosch. 12 RM. — Das Buch ist ein interessanter Beitrag zur Geschichte des deutschen Rechtes im Osten. Es behandelt in seinem ersten Teil Entstehung, Bedeutung und Inhalt der Kulmer Handfeste, gibt dann ausführliche textkritische Untersuchungen und bringt schließlich die verschiedenen, erhalten gebliebenen Texte im Wortlaut.

Die Außenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890—1909. Von Dr. Erich Leupold. Verlag Emmanuel Reinicke, Leipzig 1933. 173 Seiten. Preis geheftet 7,20 RM. — Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der außenpolitischen Bedeutung der wichtigsten politischen Zeitschriften der damaligen Zeit, der „Gegenwart", der „Zukunft", der „Grenzboten", der „Preußischen Jahrbücher" und der „Alldeutschen Blätter"; er beschreibt deren Meinungen und Ziele hinsichtlich der deutschen Außenpolitik und charakterisiert die Art, in der diese Zeitschriften die Außenpolitik kritisch, polemisch und propagandistisch behandelt haben. Er entwirft dabei ein ziemlich verworrenes Bild von der politischen Meinung des damaligen Deutschland, die sich in den erwähnten Zeitschriften spiegelt. Daß das Bild verworren wirkt, liegt freilich nicht am Verfasser, sondern daran, daß es tatsächlich nicht leicht oder vielmehr unmöglich ist, in den Vorstellungen, die die Intellektuellen des Zweiten Reiches von den Notwendigkeiten und Aufgaben der deutschen Politik hatten, eine klare, einheitliche Linie festzustellen. Das damalige Deutschland hatte kein politisches Ziel, das allen Einzelhandlungen seiner führenden Männer ihre bleibende Zweckbestimmung aufgeprägt hätte. Dieses Deutschland hatte keine wahre Vorstellung vom Wollen und Wesen, von der materiellen Kraft und den seelischen Fähigkeiten der Völker ringsum. Es hatte der Messiasidee der slawischen Völker, dem Weltreichsgedanken der Briten und dem Revanchegelüst der Franzosen nichts entgegenzusetzen, was in gleicher Weise die moralisch-seelischen Kräfte der Nation geweckt und sie in den Bann eines beherrschenden Gedankens eingeordnet hätte. Es wollte seinen „Platz an der Sonne", und es hat diesen Platz bald in Afrika oder in Bagdad, bald auf dem Meere oder im Fernen Osten gesucht; und wenn einer, wie z. B. Carl Jensch einmal auf die deutschen Aufgaben und Möglichkeiten im Nahen Osten verwies, dann mußte er sich selbst resigniert als einen Prediger in der Wüste bezeichnen. Die Regierungen von damals und ihre Kritiker haben einander nichts vorzuwerfen. Die einen lavierten im Zickzackkurs, und die anderen wußten zumeist auch nicht recht, was nun eigentlich getan werden müsse. Es ist ein wenig erfreuliches Bild, das Leupold in seiner Schrift aufzeigt; aber es ist nützlich, es zu betrachten. Man soll aus der Vergangenheit lernen; und wenn aus dieser Vorkriegsepoche schon nichts Positives zu lernen ist, so doch wenigstens das: wie man es nicht machen soll. In diesem Sinne ist das Buch zu empfehlen.

Ostpreußens Deutschtum im Spiegel der politischen Wahlen 1921 bis 1933 von Dr. Werner Horn. Heft 3 der Ostland-Forschungen herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig. Danziger Verlags-Gesellschaft m. b. H. 1933. 28 Seiten. — In der polnischen Propaganda ist unentwegt von den mehreren 100 000 Polen in Ostpreußen die Rede, die Polen ein Recht dazu gäben, aus nationalen Gründen die Lostrennung dieser Provinz oder doch wenigstens ihres südlichen Teiles von Deutschland zu fordern. Daß die Bevölkerung Ostpreußens selbst bereits im Jahre 1920 bei der Abstimmung auf diese polnischen Ansprüche und Behauptungen eine völlig unmißverständliche Antwort gegeben hat, das stört die polnischen Agitationsliteraten nicht im geringsten. Sie erkennen aus mancherlei, an den Haaren herbeigezogenen Gründen, die Entscheidung von 1920 einfach nicht an. Sie verschweigen auch, daß die Abstimmung von 1920 nicht die einzige klare Absage geblieben ist, die den Polen von der Bevölkerung Ostpreußens und vor allem von den Bewohnern Masurens erteilt worden ist, daß vielmehr von 1921—1933 nicht weniger als sechzehn Mal der Reichstag bzw. der Landtag und der Provinziallandtag gewählt worden ist, und daß das Ergebnis jeder dieser Wahlen eine vernichtende Niederlage für die polnische Liste wie auch für die von den Polen gestützten „masurischen" und „litauischen" Listen gewesen ist. Die genaue Betrachtung und Bewertung der Wahlergebnisse hat sich Dr. Horn in seiner Broschüre zur Aufgabe gemacht. Die Broschüre ist ein wertvoller Beitrag zur Abwehr der polnischen Annexionspropaganda.

Die Finanzlage der Kommunalverbände des oberschlesischen Industriegebietes. Im Auftrage der Kommunalen Interessengemeinschaft für das oberschlesische Industriegebiet herausgegeben von Dr. H. Lampe und Dr. J. Rompe. Ostdeutsche Verlagsanstalt Breslau 1932. 84 Seiten. — Diese Schrift, zu der Oberpräsident Gauleiter Helmuth Brückner ein Vorwort geschrieben hat, setzt sich an Hand des einschlägigen Zahlenmaterials mit den Ursachen der finanziellen Notlage der Kommunalverbände des oberschlesischen Industriereviers auseinander. Diese Ursachen sind zweifacher Art, einmal wirtschaftlicher und sozialer und dann grenzpolitischer Natur. Überwiegende Arbeiterbevölkerung, geringe Verdienstmöglichkeiten für Frauen in einem ausgesprochen schwerindustriellen Gebiet, großer Kinderreichtum, verhältnismäßig geringer Arbeitsverdienst auch in normalen Zeiten, also eine Bevölkerung, die stark krisenempfindlich und wenig steuerkräftig ist —, das bedeutet für die Kommunen, daß sie auf der einen Seite verhältnismäßig geringe Einnahmen, auf der anderen Seite aber verhältnismäßig große Ausgaben haben. Verschärft wird dieses Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben noch durch die Folgeerscheinungen der Zerreißung Oberschlesiens, durch die die Steuerkraft der Bevölkerung und der Wirtschaft weiter geschwächt, die soziale Belastung (Flüchtlinge usw.!) aber noch weiter gesteigert wurde. Die Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß die Kommunalverbände des oberschlesischen Industriereviers aus eigener Kraft nicht die Aufgaben zu erfüllen vermögen, die ihnen auf sozialem, kulturellem usw. Gebiete gestellt sind.

Dr. Kredel.

Carl Siewert 50 Jahre alt.

Der ostdeutsche Dichter Carl Siewert hat in diesen Tagen sein 50. Lebensjahr vollendet.

Unseren Lesern, die ihn aus seinen Büchern, aus Aufsätzen und Besprechungen in unseren Kalendern und Zeitschriften kennen, wird es eine Überraschung und besondere Freude sein, daß uns der Dichter zu seinem Geburtstag beschenkt hat.

Ein Epos in Sonetten, „Der Ruf der Erde" (Gräfe u. Unzer, Königsberg/Pr., Leinen 2,50 RM.) liegt vor uns. Das Buch will mehr sein als ein in sich geschlossener Band Gedichte. Es will den Weg aus dem Kulturverfall zeigen, es will ein Gebet für unser Volk sein. Darum beginnt die Dichtung mit dem toten Winter und endet mit dem Herbst, der Zeit der neuen Aussaat. Die vier Jahreszeiten symbolisieren das Schicksal eines deutschen Mannes unserer Tage, der die mütterliche Scholle mit der Stadt vertauschte. Die Natur ist ihm nur Stätte der Erholung, bis das schmerzhafte Erlebnis des Krieges, der Verlust der ostmärkischen Heimat, das schwere Schicksal vertriebener Deutschen und die Not der Großstadtjugend den zwiespältigen Wanderer zum bewußten Bauer wandeln.

Wir danken Carl Siewert für dieses Werk und wünschen ihm noch reiche Jahre dichterischen Schaffens. Seine innige Naturverbundenheit, seine unerschütterliche Liebe zur verlorenen Heimat gehen am besten aus den folgenden beiden Sonetten hervor:

Heimatglück.

Die Länder meiner Kindheit tauchen auf.
Der Qualm der großen Stadt, der sie verborgen,
Zerreißt wie Nebelschleier, der am Morgen
Sich farbig löst beim ersten Sonnenlauf.

Der Roggenfluren grüner Blütenhag,
Der gelben Samenwolken zarter Reigen,
Vor dem die Halme sich in Liebe neigen,
Erzittert schon vom ersten Lerchenschlag.

Ins Strahlen blauer Himmel stellt sich fern
Des Vaterhauses weißer Giebelstern,
Um den der süße Duft der Linden schmeichelt.

Wie konnt ich das vergessen lange Zeit?
Nun steht mir wieder Heimatglück bereit,
Weil liebe Hand des Grüblers Stirne streichelt.

Flüchtlinge.

Ein großer Sämann schreitet über Land,
So riesenhaft von Wuchs und Gliederbau,
Daß ihn kein Auge fassen kann. — Im Grau
Der Wolken stecken Haupt und Brust und Hand.

Sein stilles und gewalt'ges Schreiten spannt
Wie eine Brücke sich von Gau zu Gau.
Und wo er hintritt, beben Mann und Frau,
Und ihre Hütten stürzen in den Sand.

Der Riese sät. — Seltsames Saatgut fällt
Aus seinen Händen auf das weite Feld:
Das Schicksal sät, sät deutsche Menschenbrüder.

Von Gott geworf'ne Körner fallen sie,
Die fremder Haß vertrieb, auf beide Knie,
Am Rande Deutschlands wurzelsuchend nieder.

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Weihe des Ostheims zu Hannover.

Am 11. und 12 November trat die **Landesgruppe Niedersachsen** des BDO zum erstenmal nach deu Zusammenschluß der alten Ostverbände mit zwei großen Kundgebungen vor die Öffentlichkeit. Der **Festabend im Ruthaus** trug wirtschafts- und kulturpolitischen Charakter. Der Saal war mit Fahnen, Wappen und Transparenten geschmückt. Die Amtswalterkapelle konzertierte. Der Landesführer Niedersachsen, Pg. Cunow, sprach die Begrüßungsworte, die insbesondere dem stellv. Bundesführer Pg. Dr. Thiele, dem Vertreter der Freien Stadt Danzig, Pg. Batzer, dem Vertreter der bayerischen Regierung, Landesführer Pg. Hanns Beer, sowie dem Landesführer Rheinland-Westfalen, Pg. Tries, und dem verdienten Förderer der Ostarbeit in Hannover, Verleger Dr. Madsack, galten. Pg. Cunow übermittelte die Grüße des Bundesführers Dr. Lüdtke und der ostdeutschen Städte Königsberg, Danzig, Allenstein, Elbing, Stolp, Lauenburg und Gleiwitz, und führte dann u. a. folgendes aus:

„Die Zeit ist vorüber, wo jede Grenzprovinz ihren Kampf allein führen mußte, wo Teile urdeutschen Landes und Volkes verlorengingen, wo slawische Wellen die deutschen Sicherungsdämme unterspülten und überfluteten. Diese Zeit ist vorüber. Denn in der höchsten Not kam unser Führer und Volkskanzler Adolf Hitler zur Macht. Er zeigte den Weg der Einheit und Einigkeit, der gegangen werden muß, wenn der Wiederaufstieg Deutschlands erfolgen soll. Der Führer sieht in der Ostmark die Grundlage zum Neuaufbau des deutschen Volkes. Uns Ostdeutsche, die wir uns in vielen Vereinen und Verbänden zusammengefunden hatten, um der Heimat zu dienen, faßte der Führer zu einer Einheit im Bunde Deutscher Osten zusammen. So sehen wir auch heute alle Landsmannschaften des Ostens hier vor unseren Heimat- und Traditionsfahnen vereint, um dem Führer zu danken, daß er uns zu einem gewaltigen Block zusammengeschweißt hat, der der deutschen Ostmark und dem ostdeutschen Volke die Hilfe der uns blutsmäßig verbundenen Niedersachsen sichert."

Es folgte die eindrucksvolle Rede des stellvertretenden Bundesführers Dr. Thiele: Die Novembertage sind wieder gekommen, die in all den Jahren des Kampfes ungeheuer auf uns lasteten, die Tage, auf die wir mit Bitternis und starkem Ingrimm zurückblicken. Wir Nationalsozialisten vergessen nichts, vergessen nicht, daß in den Jahren 1918/19, an der Scheidelinie des letzten denkwürdigen Kriegsjahres, die Männer aufstanden, die den Staat von früher zerbrachen, das Volk auseinanderrissen und Scheidewände aufrichteten, wo Menschen zusammenstehen müßten. Wir werden es nicht vergessen, daß Männer, die sich gegen das Preußische und Deutsche verbunden hatten, das Werk von Generationen, von Jahrhunderten preisgaben. Aber es fanden sich schon damals einzelne Menschen zusammen, die über die Parteistreitigkeiten, über die Uneinigkeit hinaus den Gedanken der Einigung wachhielten, die dahin gingen, wo die Gefahren am dringendsten waren, die noch einmal die Waffen in die Hand nahmen und in den **Freikorps kämpften, noch einmal den Zusammenschluß der kämpferischen** Menschen brachten. In den Tagen, in denen die Freikorps entstanden, wurde der Keim gelegt für die große Bewegung, die nun das Ruder des Staates in die Hand genommen hat. Diese Leute kämpften für die Idee der Volkszusammengehörigkeit. Wir wissen heute, daß der Osten in all den Jahren verkannt worden ist, aber wir wissen auch, daß die Geschicke des Volkes niemals in binnenländischen Dingen sich entscheiden können, sondern daß bestimmend und richtungweisend die Dinge sind, die sich an den Grenzen vollziehen. Wir wissen, daß der Kampf um den Osten nicht allein geführt werden kann mit der Bereitschaft, materiellen Wohlstand zu schaffen, sondern daß es letzten Endes ein geistiger Kampf, ein Kampf der Gesinnung und der Gemeinschaft ist. Das Werk, das wir bereiten, ist ein Werk von Generationen. Es wird unser Werk sein, daß diese große Ostbewegung eingebaut wird in die große nationalsozialistische Bewegung unseres Volkes. Nur wenn das geschieht, können diese Bewegungen von Dauer sein. Dann wird kommen, was wir erstreben: das Dritte Reich."

Der Vertreter des Danziger Senats, Pg. Batzer, überbrachte die Grüße Danzigs: „Den 12. November empfinden wir in Danzig vielleicht noch tiefer als ihr im Binnenlande als einen Tag von höchster Entscheidung. Wir fühlen und wissen: Deutschlands Schicksal ist auch Danzigs Schicksal. Wir wurden ungefragt losgelöst vom Mutterlande. Die neuen Grenzen wurden willkürlich durch Dörfer, durch Grundstücke, durch Häuser gezogen. Nach einer Scheinblüte in den ersten Jahren kam der Zerfall, als die Polen den Gdingener Hafen anlegten. Zu dieser wirtschaftlichen Not kamen die inneren Kämpfe. Dann kam das Licht. Es leuchtete auch uns und jetzt haben wir eine nationalsozialistische Mehrheit in Danzig. Wir wissen, daß wir das Schicksal nicht allein meistern können, aber wir wissen auch, daß wir eine hohe geistige Aufgabe zu erfüllen haben."

Im Anschluß daran sprach der Führer der Landesgruppe Bayern, Hanns Beer: „Ich komme von der ernsten und würdigen Feier des 9. November in München und bringe Ihnen die Grüße meiner bayerischen Landsleute, der bayerischen Regierung und der Parteigenossen. Die Bayern haben sich der Grenzlandarbeit des Bundes Deutscher Osten verbündet. Ein großer Teil Bayerns ist gefährdet, ist als bedrohtes Grenzland anzusehen. Versailles hat wohl die Grenze unverändert gelassen, aber das Deutschtum hat einen harten Kampf an der Grenze zu führen. Vier Millionen Deutsche in einem Grenzgebiet von 340 Kilometern sind gefährdet. Seien wir uns klar: Es gibt keine Memeler, keine Danziger, keine bayerische Ostfrage, es gibt eine deutsche Ostfrage. Denn ganz Deutschland geht es an, wofür wir kämpfen und arbeiten."

Am folgenden Tage fanden sich die Ehrengäste, darunter als Vertreter der Regierung Regierungspräsident Stapenhorst, sowie Vertreter der Presse, Führer und Amtsträger von neuem zusammen, um das **„Haus des Ostens"**, das nunmehr das Heim der Landesgruppe

Niedersachsen ist, zu weihen. Landesführer Cunow hielt die Eröffnungsansprache, in der er eingehend Zweck und Aufgabe des Ostheimes darlegte; er dankte dann in herzlichen Worten dem Verleger Erich Madsack und dem Verlag des „Hannoverschen Anzeigers", die der Landesgruppe durch ihre Hilfs- und Opferbereitschaft die Schaffung des Ostheimes ermöglicht haben.

In feierlicher Weise nahm nun der stellvertretende Bundesführer Dr. Thiele die Weihe vor: „Heute wird das erste Heim des Ostens geweiht. Wir sind besonders stolz darauf, daß das Heim auf niedersächsischem Boden steht. Eine große Tradition verbindet den Osten mit Niedersachsen. Wir wünschen, daß diese Überlieferung der Vergangenheit weiter im Ostheim gewahrt bleibe. Wir würden heute in dem Heim nicht zusammenkommen können, wenn nicht Jahre des Kampfes vorangegangen wären. So wollen wir in dieser feierlichen Stunde gedenken der Großen unserer deutschen Vergangenheit von Heinrich dem Löwen bis zu den Braunschweiger Herzögen, die ihr Leben in den Kämpfen um die deutsche Sache eingesetzt haben. Wir wollen gedenken der Helden des Weltkrieges, die auf den Schlachtfeldern geblieben sind, und der Tapferen, die nach dem Kriege noch einmal zu den Waffen gegriffen haben, um im Grenzschutz die deutsche Heimat zu verteidigen. Und wir wollen gedenken der Hunderte von Toten, die sich unserer Bewegung und dem neuen Deutschland geopfert haben." Die Versammlung verharrt in Schweigen, während die Kapelle das Lied vom guten Kameraden spielt. „Das Heim des Ostens pflegt nicht allein die große deutsche Tradition, es stellt auch eine praktische Verbindung zwischen dem Osten und dem Westen her. Das Heim wird eine Keimzelle sein, ein Stützpunkt, von dem aus die ganze Ostbewegung durch die niederdeutschen Lande verbreitet wird. Ich weihe das Heim und gebe ihm den Leitspruch: Durch Kampf zum Sieg."

Der Landesführer Pg. Tries überbrachte die Grüße aus Rheinland und Westfalen: „Vom Rhein zur Ostmark wird eine Brücke geschlagen, und sie wird beschritten von Wagemutigen, die Neuland suchen und finden."

Der Vertreter Danzigs, Pg. Batzer, übermittelte die Grüße des Freistaates und sprach den Wunsch aus, daß vom Ostheim aus eine enge Verbindung nach dem Osten und im besonderen nach Danzig geschlagen werde.

Dr. Faust sprach die Grüße und Wünsche der Schleswig-Holsteiner und der anderen grenzdeutschen Verbände in Hannover aus.

Abschließend sprach Regierungspräsident Stapenhorst: „Die Staatsregierung bringt der Arbeit des Bundes Deutscher Osten das größte Interesse entgegen und fördert sie, soweit das in ihren Kräften steht. Die Fragen des Ostens sind von ungeheurer Bedeutung. Heute sind durch den Führer wieder Zuversicht und Hoffnung auf eine Zukunft im Osten geweckt worden. Ich spreche den Wunsch aus, daß dieser Geist der Zuversicht auch Ihre Arbeit erfülle und daß diese Arbeit immer mehr Freunde und Mitkämpfer gewinne, damit sie von reichen Erfolgen gesegnet sei, im Sinne wahrer Volksverbundenheit." — Der gemeinsame Gesang des Horst-Wessel-Liedes schloß die Feier.

*

Die **Ortsgruppe Nörenberg i. Pom.** weihte am 22. Oktober am Enzigsee ein Ostmark-Mahnmal. Die Weiherede hielt in Anwesenheit von SA., SS., Stahlhelm, BDO.-Ortsgruppe, Reiter-, Kriegervereine usw. der Landesführer Pommern Pg. von Wedel. Das Mahnmal, ein großer Findling, trägt das Wappen des BDO. und die Inschrift „Deutsche, gedenkt der verlorenen Ostmark!".

*

Landesgruppe Ostpreußen. In der Zeit vom 27. November bis 5. Dezember d. J. wird im Auftrag der Untergruppe Westpreußen des BDO Handelskammersyndikus Dr. Geißler-Marienwerder eine Vortragsreise durch Württemberg unternehmen und in Tages-, Abend- und Schulvorträgen über den Weichselkorridor, Danzig und Gdingen sprechen. Das Programm ist folgendes: 27. November, Ulm: ein Nachmittagsvortrag, ein Abendvortrag; 29. November, Tübingen: ein Hochschulvortrag; 30. November bis 2. Dezember, Stuttgart: zwei Schulvorträge, ein Vortrag für Hitlerjugend und VDA. und eine große Abendveranstaltung; 3. Dezember, Heidenheim: ein Abendvortrag; 4. Dezember, Schorndorf, ein Schulvortrag, und Schwäb. Gmünd: ein Abendvortrag; 5. Dezember, Ludwigsburg: ein Abendvortrag.

*

Die **Ortsgruppe Kassel** des BDO., die kürzlich in Anwesenheit des Landesführers Pg. Wendt-Frankfurt auf Initiative des Pg. Pfarrer Pelz ins Leben gerufen wurde, benutzte die Gelegenheit der Anwesenheit des Oberpräsidenten Pg. Kube in Kassel, um diesem als dem Schirmherrn des BDO. in feierlicher Form eine Ehrenurkunde der Kasseler Ortsgruppe zu überreichen. Pfarrer Pelz überreichte die Urkunde, die Gruß und Treuegelöbnis zum Ausdruck bringt, in einer großen Massenversammlung, in der Oberpräsident Pg. Kube zur Wahl am 12. November sprach. Über diese Aufmerksamkeit sichtlich erfreut, dankte Oberpräsident Kube dem Sprecher des BDO. und versicherte den BDO. seiner ferneren Unterstützung. Die Wahlkundgebung selbst, bei der die drei Ortsgruppenfahnen des BDO. einen Ehrenplatz am Rednerpodium erhielten, nahm einen ungemein eindrucksvollen Verlauf. Der Empfang der BDO.-Abordnung durch Oberpräsident Kube fand beim Publikum starke Beachtung und hat dem Ansehen und der Arbeit der hiesigen BDO.-Gruppe zweifellos neuen Auftrieb gegeben.

Die **Ortsgruppe Dresden** veranstaltet während des Winters eine Reihe von Vortragsabenden. Es werden sprechen:

Studienrat Dr. Poetschke: „Nach Ostland wollen wir fahren." Mit Lichtbildern. (Schüler der Fletscherschen Oberschule singen Kreuzritterweisen.) Am Freitag, 10. November 1933.

Hochschulprofessor Dr. Kühn: „Die Deutschen und Osteuropa", am Freitag, 8. Dezember 1933.

Dozent Prziodа: „Sachsen und der Osten", am Freitag, 12. Januar 1934.

Oberfachschulrat i. R. Fratzke: „Volkskundliches aus den abgetrennten Ostgebieten", am Freitag, 9. Februar 1934.

Dozent Zwiener: „Persönliche Erlebnisse aus dem Kampf um den deutschen Osten", am Freitag, 2. März 1934.

Die Vorträge finden im Kurfürstensaal des Italienischen Dörfchens statt. Beginn 20 Uhr. Eintritt frei.

*

Mitteilungen des BDO.

Der Bundesführer.

In den Bundesführerrat berief ich Pg. Hagemeyer, Berlin, Führer der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums, und Baurat Rossius vom Rhyn, Berlin-Zehlendorf, Führer der Dietrich Eckart-Gesellschaft.

Pg. Sacknieß, Mitglied des Bundesführerrates, ist von mir zum Beauftragten z. b. V. bei der NS. Volkswohlfahrt bestimmt und von deren Reichsführer Pg. Hilgenfeldt bestätigt worden.

Der Landesführer Pommern, Pg. von Wedel, hat in Ostpommern und Stettin Untergruppen gebildet und mit ihrer kommissarischen Führung Pg. Dr. Schinkel, Dozent an der Heimathochschule in Lauenburg, Schulrat Neumann in Kolberg und Studienrat Dr. Fr. W. Schmidt in Stettin betraut.

Dr. Lüdtke.

Haus „Kurmark".

Liste Nr. 17.	Übertrag:	1941,— RM.
Ortsgruppe Prenzlau	11,70	„
Dir. Schwarz, Prenzlau	10,—	„
Ortsgruppe heimattreuer Ost- und Westpreußen Rathenow	10,—	„
Stand am 15. November 1933		1972,70 RM.

(Die in Nr. 43 erwähnte Spende von 15 RM. stammt nicht vom Landesverband Sachsen-Thüringen, sondern von Ortsgr. Erfurt.)

Mit dieser Liste schließen wir die Sammlung für das Haus „Kurmark" ab. Der zweite 1000 M.-Betrag ist an die Gauleitung überwiesen worden.

Die Hochschule für Politik.

Geh. Reg.-Rat G. Cleinow liest im Wintersemester an der Hochschule für Politik über den Verlust der Ostmark jeden Mittwoch, 17 bis 20 Uhr, und zwar:

15. November: Einführung: Adolf Hitler und Friedrich der Große über die Bedeutung der Preußischen Ostmark.

22. November: Die deutsche Reichsaußenpolitik und das preußische Ostmarkenproblem.

29. November: Die sozialwirtschaftliche Entwicklung des polnischen Volkes bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

6. Dezember: Der deutsch-österreichische Gegensatz an der Weichsel.

13. Dezember: Die Außenpolitik der Polen vom Kriegsbeginn bis zum Zusammenbruch der Mittelmächte.

20. Dezember: Die Preisgabe der Festung Posen im November 1918.

10. Januar 1934: Die deutschen Volksräte der Ostmark versuchen die Rettung von Posen und Westpreußen.

17. Januar: Die preußische Staats- und Beamtenpolitik unter von Gerlach und Hirsch.

24. Januar: Die Methodik der Friedensverhandlungen auf deutscher Seite.

31. Januar: Das Verhalten der Rechtsparteien.

7. Februar: Die Oststaatpläne der Ostmärker und der Separatismus in Westdeutschland.

14. Februar: Parlamentarismus und Cliquenwesen sabotieren völkische Zielsetzungen.

21. Februar: Schuld und Verhängnis in der Entwicklung seit dem Besler'schen Polenmanifest von 1916.

28. Februar: Die politischen und national-sozialen Fragen des polnischen Sieges für die Deutschen und für die Polen.

Bildstöcke des Bundeswappens sind zum Preise von RM. 1.50 beim Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstraße 22 zu haben.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.

Berlin W 30, Motzstraße 22
Telephon: B 5 Barbarossa 9061

Abteilung „Sterbefürsorge"

Aufnahme von Mitgliedern des Bundes Deutscher Osten e. V. erfolgt jederzeit zu vorteilhaftesten Bedingungen

6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.

Während auf dem Rentenmarkt in den letzten 14 Tagen eine Zurückhaltung zu beobachten war, konnten die Reichsschuldbuchforderungen ihren Kursstand weiter verbessern. Es scheint, daß jetzt größeres Interesse für mittlere Fälligkeiten, die bisher vernachlässigt waren, besteht. Durch die bereits jetzt gegebene Möglichkeit, die ausgelosten Stücke der Reichsaltbesitzanleihe zu verwerten, ist ein Anlagekapital freigeworden, das sich wiederum günstig auf die Entwicklung der Rentenkurse auswirken wird. Unseres Erachtens dürfte der Höchststand der Schuldbuchkurse bald erreicht sein. Die Durchführung der geplanten Zinssenkung wird für die weitere Entwicklung der Schuldbuchkurse von ausschlaggebender Bedeutung sein. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H. allen Verdrängten in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen mit Auskunft und Beratung zur Verfügung steht. — Am 15. November d. J. wurden folgende unverbindliche Kurse genannt:

	I.	II.		I.	II.
1934	99½ v. H.	99½ v. H.	1939	93 v. H.	91 v. H.
1935	98 „	97½ „	1940	92½ „	90½ „
1936	95½ „	94½ „	1941	91 „	90 „
1937	94 „	93 „	1942	90 „	90 „
1938	93 „	91 „	1943/48	90 „	90 „

Wiederaufbauzuschl. 1944/45 52 v. H. 1946/48 52 v. H.

Familiennachrichten.

Silberhochzeit: Telegr.-Sekr. Schmidt und Frau, Erfurt, Arnstädter Str. 27, früher Skalmieczice; Musiker Stark und Frau, Erfurt, Marschallstr. 10, früher Bromberg; Landwirt Otto Dobrzanski und Frau Lina, geb. Gust, Gr. Rutki, Kr. Obornik (Posen), am 19. 11.; Oberpostsekretär Hermann Oestreich und Frau Elsbeth, geb. Lemke, früher in Hohensalza, Bromberg und Exin, jetzt in Pyritz i. Pom., Altstadt, Hauptstr. 47, am 10. 11.

Goldene Hochzeit: Zugführer a. D. Ferdinand Büttner und Frau Elisabeth, geb. Stritzke, in Sagan, Freystädter Str. 19, früher Lissa i. P., am 18. 11.; Ansiedler Michael Knispel und Frau Pauline, aus Raschwege, Kr. Adelnau, jetzt in Berlin-Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Str. 86, am 13. 11.

Geburtstage: Zollaufseher i. R. Gustav Nuß in Liegnitz, fr. Kosten i. Pos., am 15. 11. 80 J.; Rentner Gustav Westphal, Erfurt, Auenstr. 37, fr. Henriettenhof, 80 J.; Reichsb.-Oberinsp. Otto Schäfer, Erfurt, Schmidtstedter Ufer 16, fr. Posen, 60 J.; Frau Justine Hoppe, Erfurt, Michaelistr. 33, fr. Siemienowo, 89 J.; Uhrmachermeister Adolf Hoffmann, Eberswalde, Brunnenwerder Str. 1, fr. Birnbaum (Prov. Posen), am 19. 11. 75 J.; Professor Max Schieblich, früher viele Jahre in Posen an der Baugewerkschule tätig, jetzt in Görlitz, Kahle 15, am 24. 11. 80 J.; Kaufmann Wilh. Scharf, langjähriger Leiter und Teilhaber der Pianofortefabrik Carl Ecke, Posen, jetzt Görlitz, Helmuth-Brückner-Str. 5, am 25. 11. 70 J.; Eisenbahnschaffner i. R. Julius Bergmann, früher in Posen und Moschin, jetzt Frankfurt a. d. O., Rosenstr. 35, am 8. 11. 80 J.; Lehrer u. Kantor i. R. Ernst Mai in Bunzlau i. Schl., Opitzstr. 12, langjähriger Schatzmeister der früheren Kreisgruppe Bunzlau des DOB., fr. in Striesau, Kr. Culm, am 13. 11. 75 J.; Landgerichtsrat i. R. Geheimer Justizrat Methner in Cottbus, Kaiser-Friedrich-Str. 110, II, fr. in Lissa (Posen), Moltkestr. 29, II, am 19. 11. 77 J.; Stadtamtmann Theodor Jasinski, seit 1907 bis zu seiner Vertreibung in Oberschlesien Amts- und Gemeindevorsteher der Gemeinden Neudorf, Friedrichsdorf, Klodnitz, Halemba Gemeinde und Gut, jetzt in Berlin W 35, Lützowstr. 39, am 2. 11. 60 J.

Gestorben: Ansiedler Hermann Heitland in Finowfurt, am 9. 11., 55 J.; Frau Ida Drechsler, geb. Ziehr, Brandenburg (Havel), früher in Rogasen und Posen, am 31. 10., 97 J. (Ihr Sohn ist Pfarrer in Zehdenick, früher in Wollstein und Posen, Lagerpastor in Szczypiorno.)

Buchbesprechungen.

Geschichte des Wendentums in der Niederlausitz bis 1815 im Rahmen der Landesgeschichte. Von Dr. phil. Rudolf Lehmann. Verlag von Julius Beltz, Langensalza, Berlin, Leipzig.

Dieses Buch ist das 2. Heft des von Prof. Rudolf Kötzschke-Leipzig herausgegebenen Gesamtwerkes über Forschungen zur Geschichte und Volkstum der Wenden. Eine Arbeit über die Geschichte der Wenden ist gerade in der heutigen Zeit, in der Volkstumsfragen eine so bedeutende Rolle spielen, für Fachkreise besonders wertvoll, da sie uns Klarheit gibt über das Schicksal dieses Volksstammes, der zwar eine andere Sprache spricht, aber seit langem sich zur deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft bekennt. Eine Siedlungskarte des Lausitzer Gebietes, zwei Deckblätter und sechs Tafeln über Flurneuteilung und Siedlungsformen ergänzen das Werk. Dr. Z.

Am 5 November entschlief sanft im festen Glauben an seinen Erlöser nach kurzer, schwerer Krankheit mein innigst geliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Landwirt

Fritz Franke

im Alter von 71 Jahren.

In tiefem Schmerz
Frau Klara Franke und Angehörige.

Levern, Kreis Lübbecke i. W.
(fr. Bogenau, Kr. Oborniki P.)

Besucht den Deutschen Osten!

Wer kennt

die jetzige Anschrift des Pfarrers **Müller**, früher Schönsee, Kreis Briesen? Mitteilungen erbeten an Ansiedler **Ernst Koch** in Blonacken, Post Tiefensee, Kreis Stuhm.

Wer kennt

die Anschrift von **Pauline Frase**, es betrifft ein Sparbuch der Stadtsparkasse Nakel. Zuschr. unter 3027 an das Ostland erbeten.

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

	Anzahlung M.
Wohn- u. Geschäftsgrdst., geeign. f. jede Art Fabrik, auch als Erholungsheim u. dergl., im Thüringer Wald	18 000
Landhaus-Villa i. d. Neumark mit Land (evtl. Verpachtung f. monatlich 150 RM.)	18 000
Kartonagenfabrik in lebhaft. Industriestadt Schles. . Preis:	12 000
Hotel- u. Restaurationsgrdst. m. Café, Nähe Landsberg a. d. W. (evtl. Verpachtung!)	18 000
Villa (7 Räume) in Wernigerode	15 000
Pensionsvilla (20 Zim.) in Gernrode (Harz)	15 000
Villa m. jegl. Komfort im schönst. Teile Charlottenburgs . n. Vereinbg.	
Geschäftsgrdst. (Spielwaren- und Kinderwagen-Hdlg.) in Großstadt der Provinz Sachsen .	25 000
Fabrikgrdst. mit Wohnvilla in bedeut. Industrieort Thür. . .	70 000
Landhaus-Villa i. Riesengebirge	12 000
Weltstädt. Konzertcafé i. Frankfurt a. Main . . Preis:	45 000
Holländ. Wind- u. Motormühle im Kreise Ruppin	10 000
Geschäftsgrdst. mit Kohlen- und Kartoffelhdlg. i. d. Grenzmark, Nähe Steinau (Oder) . . .	25 000
Mod. erbaut. Kurhaus m. neuzeitlichen Einrichtungen a. d. Peripherie von Dresden . .	30 000
Wohn- und Geschäftshaus mit verkäuflicher oder zu verpacht. bedeutender Dampfwäscherei in Dresden . . . . . n. Vereinbg.	
Geschäftsgrdst. m. Kolonialwaren-Hdlg., Wein- u. Spirituosen-Verkauf in lebhaft. Ortschaft Nähe Wittenberge	15 000
Schloßart. Villengrdst. in Oybin (Lausitzer Gebirge)	20 000
Villa (10 Räume) in bekannt. deutsch. Kurort a. Bodensee .	20 000
Wohn- und Geschäftshaus mit flottgeh. Herren-Artikel-Geschäft in lebh. Stadt, 50 Km. vor Berlin	24 000
Villengrdst. (Jagdhaus) i. d. Dübener Heide (für einen pass. Jäger ein Dorado!)	20 000
Mahl- u. Ölmühle u. Schälerei (5 To. Tagesleistg. m. Wohnhaus in bedeut. Stadt deutschsprdgoc haus in bedeutender Stadt der Niederlausitz	40 000
Landhaus (8 Zim.) bei Fürstenwalde a. d. Spree, 50 Km. vor Berlin!	10 000
Landhaus-Villa, oberbayr. Stils, i. bekannt. oberbayr. Sommerfrischenort . . . . . n. Vereinbg.	
Geschäftsgrdst. m. gut fundierter Fleischerei in Bitterfeld . . .	20 000
Waldgrdst., 45 Km. vor Berlin, 4/4 Morg. groß, geeign. z. Errichtung eines Sanatoriums, Erholungsheimes oder dergl. Preis:	17 250
Weltstadt-Hotel I. Rang. (Pachthotel m. langj. Pachtvertrag) i. Dresden unmittelb. a. Hauptbahnhof	50 000
Drei nebeneinanderlieg. Grundstücke (Holz- u. Kohlenhdlg.) in Pyritz	42 000

Bild-Prokpekte kostenlos durch:

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung
Vermittlung von Versicherungen j. Art
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Radikal leichtglattes

Rasieren!

Auch bei sprödester u. empfindlichster Haut wird ein wohltuendes Gefühl erzielt durch den Gebrauch eines billigen Hausmittels beim Rasieren. Nach Einsendung von 12 Pf. für die Gebrauchsanweisung und Porto erfolgt die Zusendung derselben durch **F. Haeske**, Swinemünde, Hartigstr. 8.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.